



ormen
offen
tzen
tag infolge
afür kaufen
preiswert.

mer bei
er
ndet 1841.

erkauf
en-Aus-
et.

nie gekannt
ann jeder
zeugen Sie sich.
er Ostermarkt

Herrenzimmer,
Speisezimmer
nach Wunsch.
mink

denkmäler
Marmor, Sandstein
empfehlen 42708
berer Ausführung
r. Wiese
einbildhaerei
chgeschäft am Platz

Dr. Wiese
einbildhaerei
chgeschäft am Platz

Lehrling
mit guter Schulbil-
dung für Eltern-
rehabilitation gesucht
Schriftl. Offerten mit
Zeugnisabdruck unter
Nr. 1409 an die Ge-
schäftsstelle, da. M. 12

Amstater Ausgabe des
Landesamtes Borken,
von Bürgermeistern
und Räten des Kreises
Borken.

Bocholter Redaktions-
Bureau:
Bocholt, Realgymnasium, 14.
Jahrgang. — Sammel- Nr.
1004. — Abende: Jol.
Heinrichs. — Anstalt:
W. Wolling. — West:
Th. Baras. — Sill:
burg: Johann Welling.
Ringenberg: Schö-
berding. — Dingden:
Willy Schmitz.

Organ
der Rheinisch-Westfälischen
Landeszeitung.

Bocholter Redaktions-
Bureau.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Bocholter Redaktions-
Bureau.

Wochenpreis im Voraus:
Abgabe von der Geschäftsstelle
2,-, im Haus gebracht einhal-
be, 25 Bg. Beilagen 2,50, durch die
Post einhalbe, 42 Bg. Beilagen 2,50.
In Borken höherer Gewalt, wie
Stettin, Spere, Weitzelshagen
u. a. hat der Bezugsnehmer seinen An-
spruch auf Lieferung ab. Rückzahl.

Wochenpreis im Voraus:
Abgabe von der Geschäftsstelle
2,-, im Haus gebracht einhal-
be, 25 Bg. Beilagen 2,50, durch die
Post einhalbe, 42 Bg. Beilagen 2,50.
In Borken höherer Gewalt, wie
Stettin, Spere, Weitzelshagen
u. a. hat der Bezugsnehmer seinen An-
spruch auf Lieferung ab. Rückzahl.

Nummer 280

Sonntag, den 9. Oktober 1932

Jahrgang 1932

Der französische Abrüstungs- und Sicherheitsplan.

fünfmächte-Konferenz in Lausanne?

Genf, 8. Oktober.

Die französische Regierung beabsichtigt, nach zuver-
lässigen Mitteilungen, ihren großen Abrüstungs- und
Sicherheitsplan frühestens nach dem 25. Oktober dem Büro
der Abrüstungskonferenz zu überreichen. Von französischer
Seite wird mitgeteilt, daß der Plan zunächst im Kabinett,
dann im obersten Kriegsrat und im Verteidigungsaus-
schuß durchberaten werden muß, so daß er erst Ende Okto-
ber in seinen Einzelheiten feststehen wird.

Der Plan umfaßt einen Konfliktplan, steht
internationaler Kontroll- und Sanktions-
maßnahmen für die Durchführung der Abrüstung
vor, verlangt eine stufenweise Durchführung der
Abrüstung und die Internationalisierung und Kon-
trolle der Zivilindustrie.

Der französische Plan soll jedoch Ende Oktober ge-
meinsam mit einem von Genes, Politis, Hy-
mans und Bourquin ausgearbeiteten Abrüstungs-
und Sicherheitsplan im Büro durchberaten werden. Fern-
er beabsichtigt der dänische Außenminister Munch, seinen
Sicherheitsplan vorzulegen. Die ursprünglich auf den
10. Oktober einberufene Sitzung des Büros der
Abrüstungskonferenz wird daher nach französi-
schen Mitteilungen bis Ende Oktober verlegt werden.
Auf diese Weise will man die gesamten Arbeiten der Ab-
rüstungskonferenz aktivieren und in die abschließen-
den Verhandlungen eintreten.

Das gesamte Abrüstungsabkommen soll jedoch mit
größter Beilehnung zum Abschluß ge-
bracht werden, so daß damit die deutsche Regierung vor
die Entscheidung gestellt würde, entweder an diesem Ab-
rüstungsabkommen mitzuwirken oder im Falle des
Fehlens der Zustimmung die Bestimmungen des Ver-
sailles-Vertrages weiter zu tragen.

Auf französischer Seite wird ferner erklärt, daß bei
der Abrüstung der fünf Mächte-Konferenz
noch nicht endgültig geklärt sei, jedoch
handelt es sich um eine Konferenz, die in London,
sondern voraussichtlich in der Schweiz stattfinden
wird.

Da die deutsche Regierung Verhandlungen zwischen den
fünf Mächten in Genf ablehnt, wird beabsichtigt, die
Konferenz in einer in der Nähe von Genf gelegenen Stadt,
vielleicht Lausanne, abzuhalten.

Man verfolgt hierbei auf französischer Seite den Plan,
die fünf Regierungen, die gegenwärtig gegen die Londoner
Konferenz protestieren,

die Tschechoslowakei, Rumänien, Südbanien, Polen
und Belgien, falls erforderlich, zu den Verhandlungen
hinzuziehen.

Auf französischer Seite wird betont, daß die Entschlei-
dung im wesentlichen in den Händen von Mac Do-
nald liegt, man will aber zunächst die Antwort-
note der deutschen Regierung auf die englische
Einladung abwarten. Jedoch gehen gegenwärtig
zweifellos

die eine unabhängige Behandlung der Gleichberech-
tigungsfrage außerhalb des Rahmens der Abrüstungs-
konferenz unmöglich machen würde.

**Dor der Veröffentlichung der Antwort
an England.**

Berlin, 8. Oktober.

Die deutsche Antwort auf die englische Einladung an
einer Botsprechung der Gleichberechtigungsfrage in London
teilzunehmen, ist bereits am Freitagabend dem englischen
Gesandten in Berlin, Newton, übermittelt worden.
Gleichzeitig mit der Antwort ist dem englischen
Gesandten eine Zusammenfassung des deut-
schen Standpunktes übermittelt worden. Wie ver-
lautet, erklärt sich die deutsche Regierung in ihrer An-
wort bereits, an der Londoner Botsprechung teilzunehmen.
Gleichzeitig spricht sie jedoch die Erwartung aus, daß den
deutschen Forderungen Rechnung getragen
werde und daß das Thema der Konferenz so gefaßt wird,
daß nicht von vornherein eine Beeinträchtigung
der deutschen Interessen möglich ist. Die Note nimmt
also in der Form, in der sie abgefaßt ist, der französischen
Regierung die Möglichkeit, zu behaupten, daß Deutschland
die englische Einladung unmöglich gemacht habe. Die
Veröffentlichung der deutschen Antwort erfolgt, nachdem
sie in London eingetroffen ist.

Die Annahme der englischen Einladung durch die
Reichsregierung wird von den Pariser Blättern zum
Teil offenbarend nicht günstig kommentiert. Der
„Excelsior“ schreibt, man habe sich in Berlin außer-
ordentlich beeilt, die Einladung des Foreign Office
anzunehmen, nachdem man erfahren habe, daß die Kon-
ferenz bis auf weiteres vertagt sei. Man bemühe sich
in Berlin, die Vertagung als einen diplomatischen
Sieg Frankreichs hinzustellen, während sie doch
nur einen Triumph der britischen Vernunft
bedeute.

Eigenartiger Schritt der österreichischen Regierung.

Genf, 8. Oktober.

Der ständige Vertreter der österreichischen Regierung
beim Völkerbund, von Flügel, hat nach französischen
Mitteilungen im Auftrage seiner Regierung beim fran-
zösischen Kriegsminister Paul Boncour einen
Schritt unternommen und darauf hingewiesen,
daß die österreichische Regierung lebhaft Beun-
ruhigung über eine Zusammenkunft der Großmächte
zur Behandlung der Abrüstungsfragen außerhalb Genf
empfinde.

Die österreichische Regierung hat sich damit dem Vor-
gehen der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Süb-
banien und Belgiens angeschlossen und sucht
damit in Übereinstimmung mit diesen Mächten und
dem offiziellen Standpunkt der französischen Regie-
rung eine Behandlung der deutschen Gleichberechti-
gungsfrage in möglich zu machen.

Der Schritt der österreichischen Regierung hat in hiesigen
internationalen Kreisen Befremden erregt, da
man ein derart offenkundiges Abweichen von
Deutschland nicht erwartet hat.

Die französisch-amerikanische Annäherung.

Paris, 8. Oktober.

Zu der gestrigen Unterredung des amerikanischen Ver-
treters auf der Abrüstungskonferenz, Norman Davis,
mit dem Ministerpräsidenten Herriot schreibt die Pa-
riser Ausgabe des „Newspost Herald“, Davis habe den
Wunsch Washingtons, die Abrüstungskonferenz möge nun

endlich greifbare Fortschritte zeitigen, zum Ausdruck ge-
bracht. Weiter habe er erklärt, Washington stehe jeder
Bemühung in dieser Richtung wohlwollend gegenüber.
Herriot habe in der Botsprechung seinen ernsten Willen
bekundet, das Abrüstungsproblem zu lösen. Er sei bereit,
jeden politischen Vorschlag in Erwägung zu ziehen. Die
Pariser Presse ist nicht in der Lage, Einzelheiten über
die gestrigen Unterredungen zu bringen. Sie wünscht
aber den allgemeinen Eindruck dahin zu charakterisieren,
daß die in letzter Zeit zutage getretene Tendenz
einer französisch-amerikanischen Annäherung bei der
festen Unterredung sich erneut
gezeigt und sogar verstärkt habe. Da alle Väter
dieser Bestimmung machen, darf man annehmen, daß die
Presse am Qual d'Or in dieser Richtung infor-
miert worden ist. Mit größter Vorsicht wird man
die Behauptung des stark nationalistischen Blattes
„L'Ordre“ aufnehmen müssen, wonach Norman Davis
vorgeschlagen haben soll, die Aussprache in Genf auf
der Grundlage der Hoover-Note wieder
aufzunehmen. Wenn Deutschland sich dann noch
weigern sollte, an der Konferenz teilzunehmen, wür-
den ihm die übrigen Mächte zu verstehen geben, daß der
Abrüstungsplan Deutschlands sich nicht nach den
Bestimmungen des Versailler Vertrages
verwirklichen lassen. Herriot scheint sich dem
Standpunkt Norman Davis' angeschlossen zu haben.

Der innere Umbau des deutschen Hauses.

Verfassungs-, Reichs- und Wahlrechtsreform.

Die Verfassung ist nicht selbstredend. Sie ist
das vornehmste, das alle anderen Gesetze überragende
Staatsgrundgesetz, dessen Veränderung auf gesetzlichem
Wege darum mit Recht erschwert ist. Aber höher als
die Verfassung steht das Wohl der Nation. Steht die
Verfassung diesem Wohle im Wege, dann muß der
Vertrag zu ihrer Veränderung unternommen werden.
Veränderung aber nur nach Gesetzesvorschrift, nicht
auf trümmern oder gewaltsamem Wege!
Der beliebte Artikel 48 der Reichsverfassung bietet keine
Möglichkeit zu einer Verfassungsänderung. Das ist
mit Recht in den letzten Monaten immer wieder von
süddeutschen Staatsmännern und Politikern betont
worden, nicht etwa weil sie den Reichspräsidenten in
Verdacht hätten, er könnte der Meinung sein, daß
durch Verordnung sehr einfach zu erreichen wäre,
was auf parlamentarischen Wege doch ohne Frage
nicht ganz leicht zu erreichen sein würde, sondern weil
heute einzelne der Rechten und der „autoritären
Staatsführung“ nahestehende Staatsrechtler mit der
Konstruktion eines Notstandsrechtes des Staates alles
Mögliche zu ermöglichen und zu rechtfertigen suchen
und weil es den Rechten, die sich hinter das Kabinett
von Papen gestellt haben, nach der Breslauer Rede
Großes und zahlreichen Neuerungen des Reichspräsidenten
Blätter zu schließen, auf einen verfassungsrechtlichen
Gewaltakt nicht ankommen scheint. Galt erhalte
Franz von Papen! Er wird's schon machen. So sagt
man. Man traut ihm aberhand zu.

Die Weimarer Verfassung ist ein schnell
fertiggebrachter Notbau. Ihr ist es zwar gewiß zu
bedanken, daß die Einheit des Reiches erhalten und das
deutsche Volk über viele Schwierigkeiten in den ver-
flochtenen dreizehn Jahren hinweggekommen ist. Aber
bei diesem Bau ist damals zu wenig auf die Innen-
einrichtung gesehen worden. Wie nicht genügend
trockenes Holz, das der Schreiner verwendet, bald
spränghig wird, so zeigen auch manche Artikel dieser
Verfassung, daß sie Arbeit darstellt, die nicht auf
Jahrzehnte lange Haltbarkeit rechnen läßt. Manche
Artikel lassen die organische Entwicklung vom Alten
zum Neuen vermissen, und solche Sprünge sind immer
gewagt. Das ist der Weltkrieg, wie Stegerwald
in Düsseldorf auf dem christlichen Gewerkschaftskongress
ausführte, im Zustand des Halbabsolutismus ange-
troffen, so sind wir fünf Jahre darauf, als alles gährte
und wühlte im deutschen Volke, vom Halbabsolutismus
in die Weimarer Verfassung, in der überprüfte sozia-
listische Ideologien ihren Niederschlag gefunden haben,
zur freies demokratischen Welt übergesprungen.
Hatten wir bis dahin zwar auch im Reich schon das
allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht der Männer
über 20 Jahre, so bestand doch in Preußen sowohl für
die Wahlen zum Abgeordnetenhaus wie für die Stadt-
verordnetenversammlungen noch das Dreiklassenwahlrecht. Und
in anderen deutschen Ländern war's nicht anders. In
Westfalen gar gab es überhaupt noch keinen Lan-
dtag im modernen Sinne. Dort übten noch die mittel-
altlichen Landstände das Steuerbewilligungsrecht aus.
Durch die Weimarer Verfassung aber wurde nicht nur
allgemein das gleiche Wahlrecht eingeführt, was aller-
dings nach dem Jahrzehnte langen Kampfe mit der
Krone um eine Wahlrechtsreform eine Selbstverständ-
lichkeit war, sondern gemäß dem Erfurter Programm
der Sozialdemokratie von 1891 bekamen alle 20 Jahre
alten Männer und Frauen das Wahlrecht. Es wurde
im Gegensatz zu allen großen Demokratien der Welt
ein zweiklassiges Zweiklassenwahlrecht abgelehnt. Anstelle
der Erbschaft trat die Reichspräsidentenwahl un-
mittelbar durch das Volk. Man führte für ein 65-

Millionenvolk den Volkseid ein, den keine andere
große Demokratie kennt. Man hat sich tapferisiert auf
die Veränderung der Reichsflagge. Man hat die Kom-
munen der unbefristeten Bewilligungslust fundamental
veränderter Stadtparlamente ausgeliefert. Stegerwald
sagte mit Recht, daß solche Sprünge naturgemäß das
Entgegengesetzte von organischer Gesellschafts- und
Staatsentwicklung sei.

Im Gegensatz zu diesen Sprüngen aber weist die
Reichsverfassung in anderen Einzelheiten merkwürdig
konservative Gesichtspunkte auf. Dieses konservative
Gesichtspunkte des alten, historisch Gewordenen in
die Republik aber wirkt um so konsequenter als in es
hinein wie die Krallen einer Zange, die es nicht
tarifliche Ansätze reichen. Wo vordem Peter August II.,
Friedrich Gustav V., Heinrich XXXII. und wie die
Nachkommen Oskar des Gütigen, Georg Ludwig des
Ehrlichen und Fritz des Gefährlichen heißen mochten,
nach bekannter Landesverfassung gerecht, mild und weise
über ihre Untertanen geherichtet hatten, da hatten im
November 1918 Arbeiter- und Soldatenräte das Re-
gieren übernommen und es gelang zur Zeit der Ver-
fassungsberatung nicht, ihre sich Volksbeauftragte
nennenden Hauptklinge selbst in den kleinsten Ländern
aus Reichsinteressen zum Verzicht auf die usurpierte
Macht zu bringen. Da mußte der Marose Rühndt
oldenburgischer, der königliche Sepp Dertter, braunschwei-
gischer Ministerpräsident bleiben, da durfte nicht an
der Eigenstaatlichkeit von Schwarzburg-Rudolstadt und
Schwarzburg-Sondershausen, von Reuß ältere und
Reuß jüngere Linie, von Anhalt und Lippe gerüttelt
werden. Da mußten die alten Zustände möglichst
behalten bleiben. Aber in den Artikeln 6 ff. der Reichs-
verfassung verstand man es gleichwohl, namentlich in
finanzieller Hinsicht zentralistische Ideen eine
Weiche zu schlagen. Ist man auch in dieser Hinsicht
in den folgenden Jahren, abgesehen von der Flur-
vereinigung in Thüringen und einigen anderen nicht
ins Gewicht fallenden Kleinigkeiten, im wesentlichen
nicht weiter gekommen, so leidet doch heute unser
politisches Leben unter solchem Halb- und Halbzustand,
und darum wird immer dringlicher der Ruf
nach Verfassungsreform, nach Reichs-
und Wahlrechtsreform. Das Kabinett von
Papen hat diese Forderung aufgenommen, für die auch
sein Vorgänger bereits volles Verständnis gezeigt
hatte, wie die Berufung der Länderkonferenz und die
aus ihren Beratungen hervorgegangenen Reformpläne
beweisen. Wenn Brüning diese Fragen nicht noch
mehr forciert hat, so lag das daran, daß er immer
wieder eiliger und brennender Angelegenheiten zu
erledigen hatte, wie sie die Wirtschaftskrise und die
Reparationspolitik mit sich brachten. Aber jetzt wird
es allmählich Zeit, daß auch die großen Reformfragen
angepakt werden, daß der innere Ausbau des Reichs-
hauses von Weimar überprüft und umänderten und
Ergänzungen da vorgenommen werden, wo sie sich als
notwendig herausgestellt haben.

In dem für die Verfassung zuständigen Reichs-
ministerium, dem Reichsministerium des Innern, hat
man die Vorbereitung der Verfassungs- und Reichs-
reform in Angriff genommen. Nach Abschluß der Vor-
arbeiten ist beabsichtigt, einen Kreis von Staatsrechts-
lehrern an dem Entwurf zu beteiligen. Dann wird
das Kabinett, sofern es das alles noch erlebt, die ab-
schließenden Beratungen vornehmen und darauf den
Entwurf den gesetzgebenden Körperschaften, also dem
Reichsrat und Reichstag, überreichen. Ob dieser Staat
zum Ziele führen wird, ist eine Frage für sich. Kommt
man auf diese Weise nicht weiter, dann muß aus dem
Volke heraus durch Volksbegehren der Versuch gemacht
werden. Eine dritte verfassungsmäßige Möglichkeit
gibt es nicht.

Worauf die Reformpläne der Reichsregierung hin-
ausgehen, ist aus den Reden des Reichsministers und

des Reichsinnenministers Freiherrn von Gayl bekannt.
Ausgeschlossen ist es heute, an dem föderalistischen
Grundcharakter des Reiches zu rütteln. Der einheit-
liche deutsche Nationalstaat wäre vielleicht 1919 zu
schaffen gewesen. Inzwischen aber ist durch Verä-
gerungen, die von dem relativ Wenigen an Unitari-
smus herrühren, was die Verfassung mit bekommen hat,
durch Reibungen verschiedenster, meist finanzieller Art
und durch falsche Behandlung des Südens von der
im Norden gelegenen Reichszentrale aus der föderal-
istische Gedanke wieder so erstarbt, daß es heute dem
Auseinanderfall des Reiches bedeuten würde, wollte
man bei der Reformarbeit unitaristische Pläne durch-
legen.

Zwar läßt die Regierung nach der Kundgebung ihrer
Absichten in den erwähnten Reden die Vorsicht, sich
auf Einzelheiten noch nicht festlegen zu lassen, aber
im Großen und Ganzen läßt sich doch bereits erkennen,
worauf Herr von Papen und seine Mitarbeiter hinaus-
wollen. Es sind vier Fragenkomplexe: die Besei-
tigung des Dualismus zwischen Reich
und Preußen (eine Forderung, die schon vor
Jahren als einer der ersten insbesondere Stegerwald
in einer in Coesfeld gehaltenen Rede gestellt hat), die
Einrichtung einer Ersten Kammer, die Ver-
stärkung der Stellung des Reichspräsi-
denten und zugleich die Schwächung des
Reichstages, endlich die Veränderung des
Wahlrechts.

Zunächst Reich und Preußen. Das Kabinett
von Papen erstrebt hier zur Beseitigung des Dualis-
mus die Personalunion. Darauf ist durch die
Reichsregierung gegen Preußen schon praktisch die wich-
tigste Vorarbeit geleistet worden, die dann durch die
verschiedenen Maßnahmen auf dem Verwaltungsgebiet
wesentlich ergänzt worden ist. Die Reichsregierung und
auch die kommissarische preussische Regierung glauben
sich ihrer Sache so sicher, daß sie von der Entscheidung
des Staatsgerichtshofes am 10. Oktober nichts mehr
befürchten zu müssen glauben. Man kann erkennen,
daß die Reichsregierung darauf hinstrebt, den jetzigen
Preußenkommissar Dr. Bracht als Reichs-
minister ohne Portfeuille in das Reichskabinett zu
übernehmen, mit der besonderen Aufgabe, die preussische
Verwaltung zu führen. An selbständigen Ministerien
würden in Preußen nur noch das Finanz- und das
Kultusministerium bestehen bleiben. Alle anderen
Ministerien würden verschwinden. Der Kanzler selber
würde gleichzeitig auch preussischer Ministerpräsident
werden. Das Gebiet Preußens würde durch die Ein-
verleibung mehrerer kleinerer Freistaaten vergrößert
werden. Aber wie Preußen nur noch Rudimente einer
eigenen Regierung haben würde, so würde es dann
auch wohl kaum noch einen selbständigen preussischen
Landtag geben. Man würde ihn wahrscheinlich aus
den in Preußen gewählten Reichstagsabgeordneten sich
zusammenschließen lassen, die nur die Aufgabe hätten, an
der Aufstellung des Staats mitzuwirken. Der Staatsrat
würde gänzlich verschwinden.

Daß sich das Zentrum mit einer solchen Rege-
lung einverstanden erklären könnte, erscheint uns
schwer glaubhaft. Gegenüber den süddeutschen Ländern,
die in ihrer jetzigen Rechtsform ebenso wie Sachsen
bestehen bleiben würden, kämen dabei die preussischen
Landesteile doch schlecht weg. Wenn dieser Tage der
badische Staatspräsident Dr. Schmidt in einer Rede,
in der er auch auf die Reichsreform einging, forderte,
daß bei der Regelung der verfassungsrechtlichen Struk-
turen Preußens die wirtschaftliche und kulturelle
Bedeutung der preussischen Provinzen, ihre historische Eigenart und
ihre besondere Interessensphäre in
verdientem Ausmaß berücksichtigt wer-
den, so wird man dem nur zustimmen können. Im
Sinnbild darauf, daß am kommenden Freitag sich der

Bestehende der Deutschen Zentrumspartei Präs. Dr. Kaas dem Vernehmen nach auch über die Reichs- und Verfassungsreform äußern wird, begnügen wir uns damit, die Vernehmung des badischen Staatspräsidenten zu unterstreichen.

An die Stelle des Bundesrats der Weimarer Verfassung ist in der Verfassung von Weimar der Reichsrat getreten, aber mit weniger Rechten als jener, auch nicht gleichberechtigt mit dem Reichstag, obwohl er Rechte hat, die für die Gesetzgebung von erheblicher Bedeutung sind. Er hat das Recht des Einspruchs gegen jedes vom Reichstage beschlossene Gesetz, und der Reichstag kann diesen Einspruch nur überwinden, wenn er das Gesetz mit einfacher Mehrheit angenommen. Der Reichstag kann im Entwurf des Haushaltsplanes nach Artikel 85 ohne Zustimmung des Reichsrats Ausgaben nicht erhöhen oder neu einlegen, es sei denn durch Zweidrittel-Mehrheitsbeschluss. Außerdem fehlt der Artikel 78 der Verfassung noch eine weitere Sicherung vor: ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz muß vor seiner Verkündung zum Volksentscheid gebracht werden, wenn der Reichspräsident es bestimmt. Die Funktion des retardierenden Elements gegenüber dem Reichstag, die in anderen Ländern der Senat hat, ist also in der Weimarer Verfassung doch nicht ganz unberücksichtigt geblieben. Der Reichsrat hat diese Funktion und der Reichspräsident nicht minder. Gleichwohl wird man sich mit einer gewissen Erweiterung der Macht des Reichsrats wohl einverstanden erklären können. Die Reichsregierung will daraus ein Oberhaus machen, das etwa zu einem Drittel aus den bisherigen Reichsratsmitgliedern, also aus den Vertretern der Länder und der preussischen Provinzen besteht, zu einem Drittel aus Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats und zu einem Drittel aus von der Regierung oder dem Reichspräsidenten ernannten Mitgliedern. Als gesunde Reform würden wir ansehen, wenn die Verfassungsänderung mit der Institution des Reichswirtschaftsrats wenig zu tun haben, im Reichsrat stärker zur Geltung kämen. Auch eine Vertretung der kulturellen Interessen der Nation sollte nicht vergessen werden. Die Zustimmung des Reichsrats zu Gesetzen finanzieller und wirtschaftlicher Natur könnte bindende Vorschrift werden.

Wenn mehr Macht für den Reichspräsidenten gefordert wird, wobei insbesondere an die Abschaffung des Artikels 54 der Reichsverfassung gedacht wird, so ist das eine Forderung, für die man im Zentrum wohl am wenigsten Sympathie übrig haben wird, mögen auch die Parlamentarier ungeheuer viel geschändet haben und ihrem unbilligsten Verhalten die Entwicklung zum Präsidialkabinett und zur „autoritären Staatsführung“ zu danken sein. Die Rückkehr zum Obrigkeitsstaat, die die Deutschnationalen fordern, wird den Weissen des Zentrums schwerlich finden. Darauf zielen aber die Attiden gegen den Artikel 54 hin, in dem bestimmt wird, daß der Reichspräsident die Reichsminister zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstags beschließen und daß jeder von ihnen zurücktreten muß, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht. Eine vom Parlament unabhängige Regierung, die sich gegen seinen Willen behaupten kann, würde eine Verhinderung der Volksherrschaft, ein solch reaktionäres Nachgeben bedeuten, das das ganz unbestreitbar sein müßte. Etwas anderes wäre es, wenn dem blöden Spiel mit fortgesetzten Vertrauensvoten, wie man es im Reichs- und Landtag einige hundertmal seitens der Opposition erlebt hat, ein an das Prinzip der Verantwortlichkeit der Regierung vor dem Parlament nicht stößender Riegel vorgelegt würde. Eine Regierung, der heute der Reichstag sein Vertrauen ausgesprochen hat, sollte nicht schon morgen wieder gestürzt werden können, es sei denn mit spezifizierter Mehrheit. Natürlich dürfte solche einschränkende Bestimmung nicht etwa für die ganze Legislaturperiode des Reichstages gelten. Den parlamentarischen Ueberlieferungen sollte man die Spitze ablegen. Dem Reichstag muß es auch unmöglich gemacht werden, in die Exekutive einzugreifen, wie er es früher wiederholt versucht hat. Seine Aufgabe ist die Gesetzgebung und die Kontrolle der Regierung. Diese Rechte müssen gewahrt bleiben. Im übrigen darf auch nicht übersehen werden, daß der Reichspräsident in verschiedener Hinsicht stärker besteht als der frühere Kaiser, der z. B. nur auf Beschluß des Bundesrats den Reichstag auflösen konnte, während der Reichspräsident dies sogar tun kann, wenn es ihm paßt und lediglich für sein Aufhebungsrecht die Gegenzeichnung des Reichskanzlers nötig hat.

Endlich die Wahlrechtsreform. Daß sie notwendig ist, darüber herrscht im Zentrum wohl keine Meinungsverschiedenheit. Wünschenswert ist die Milderung zum Einmann-Wahlkreis und die Heraushebung des Wahlalters, ohne die der Radikalisierung der Parlamente kein Damm entgegengekehrt werden kann. Der Regierung freilich scheint noch mehr vorzuziehen. Aus den ihr nahestehenden Kreisen hat man einen Vorschlag vernommen, zum Reichstag nicht direkt wählen zu lassen, sondern indirekt durch die Provinzialparlamente. Das gleiche Wahlrecht soll verschwinden und ersetzt werden durch ein Pluralwahlrecht, das Verheirateten und Vätern sowie Kriegsteilnehmern ein Mehrstimmrecht einräumt. Es würden dadurch nicht nur etwa 7 Millionen jugendlicher Wähler zwischen 20 und 25 Jahren ihres Wahlrechts verlustig gehen, sondern die älteren Jahrgänge noch bevorzugt werden. Davon erwartet man sich eine Stärkung der gemäßigten Elemente im Reichstag. Ob aber ein solches Abheben der radikalen Parteien auf „natürlichen“ Wege, nämlich durch eine Verringerung der wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht zu erreichen ist, auf diese Frage wirft die „Vossische Zeitung“ auf, und sie ist sicher zu bejahen. Für das Zentrum kann es jedenfalls nur ein unbedingtes Festhalten an gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht geben. Dieses Wahlrecht hat das Zentrum gefordert, als es noch das Dreiklassenwahlrecht gab, und es besteht kein Grund, heute aufzugeben, wenn man früher Jahrzehnte lang vergeblich gekämpft hat. Unmögliche, demokratische Ueberlieferungen müssen beiseite

Der Schlieffenplan nicht verraten.

Eine Unterredung mit dem Heerführer Generaloberst von Kluck.

Berlin, 8. Oktober.

Die von uns wiedergegebenen Veröffentlichungen des ehemaligen französischen Botschafters in Russland, Paleologue, über einen im Jahre 1904 erfolgten Verrat des deutschen Aufmarschplanes an Frankreich, haben in der ganzen Welt, besonders aber in deutschen Offizierskreisen, wie eine Bombe eingeschlagen. Über schon von Anfang an fand man diesen sensationellen Enthüllungen mit großer Skepsis gegenüber. Niemand war bisher auch nur die entfernteste Spur aufgetaucht, daß es in Deutschland einen „Fall Redl“ gegeben haben könnte.

Es war zu erwarten, daß die Heerführer Paleologues nicht unüberprüfbar bleiben würden. Nunmehr hat eine zweifelslos kompetente Persönlichkeit, der bekannte Heerführer aus dem Weltkrieg, Generaloberst von Kluck, einem Berichterstatter des „Köln. Vorw.“, in einem Gespräch seine Ansichten zu dem angeblichen Verrat des deutschen Aufmarschplanes mitgeteilt. Sie beweisen, daß ein Verrat des wirtlichen Schlieffenplans Aufmarschplanes weder im Jahre 1904 noch zu irgendeiner anderen Zeit vorgekommen sein kann.

Paleologue weist darauf hin, daß nach dem sogenannten Schlieffenplan vier deutsche Armeen zu erst aufmarschieren sollten, und zwar drei gegen Mosel und Saar, und die vierte, die bei Nancy konzentriert sein sollte, von der belgisch-deutschen Grenze her. Dies allein zeigt, daß es sich um den echten deutschen Aufmarschplan nicht gehandelt haben kann. Denn, wie aus den bisher mehrfach erfolgten Veröffentlichungen über den Schlieffenplan, der ja heute kein Geheimnis mehr ist, hervorgeht, sah die Pläne des deutschen Generalstabs ganz anders aus. Ein solcher Plan, wie der von Paleologue angegebene, fand aber auch niemals zur Debatte. Nicht einmal im Entwurf war je ein solcher Plan vorhanden gewesen.

Darüber hinaus stellte Generaloberst von Kluck noch fest, ist der deutsche Aufmarschplan, der seit den neunziger Jahren feststand, auch niemals in seinen Grundzügen geändert worden. Besonders nicht nach dem angeblichen Verrat im Jahre 1904. Wäre nun der echte Aufmarschplan im Besitz des französischen Generalstabs gewesen, so hätte man das zweifelslos im Jahre 1914 merken müssen.

Die Pläne der Franzosen schienen jedoch den deutschen Plan nicht berücksichtigt zu haben. Sonst hätte der französische Generalstab seinen Hauptstoß nicht

am Festungsgürtel gegen den vermeintlichen Schwachen linken deutschen Flügel vorgehen. Hätte man in Paris tatsächlich den deutschen Aufmarschplan gesehen, dann würde der französische Generalstab ganz anders gearbeitet haben.

Im übrigen spricht Paleologue in seinen Veröffentlichungen über den Verrat von „den deutschen Aufmarschplänen“. Dabei ist es doch heute gar kein Geheimnis mehr, daß es nicht einen einzigen deutschen Plan für den Kriegsfall mit Frankreich gab, sondern deren mehrere. Sie waren danach vorbereitet, wie sich die Nachbarn verhalten würden. Man rechnete bei einem Plan mit der Neutralität Belgiens bzw. der Durchmarschlaubnis durch belgisches Gebiet, man rechnete bei einem anderen mit dem Kriegsfall zwischen Belgien und Deutschland und man rechnete auch, wie es sich in der Praxis gezeigt hat, mit einem erzwungenen Durchmarsch.

Auf der anderen Seite war die Haltung Solmans berücksichtigt und nach ihr die Pläne ausgearbeitet. Wenn man tatsächlich einen deutschen Aufmarschplan an Frankreich verraten hat, so ist durch Paleologue noch nicht festgestellt, um welchen es sich eigentlich gehandelt hat. Die gesamten Aufmarschpläne dürften es nicht gewesen sein, denn sonst wäre das nicht nur schon seit Jahren bekanntgeworden, sondern auch von Paleologue gründlicher behandelt worden.

Sind wirklich deutsche Pläne in die Hand der Franzosen gelangt, so hat es sich sicherlich um Myzifikationen gehandelt. Zwar erklärt Paleologue, daß man sich durch eingehende Recherchen davon überzeugt habe, daß das gelieferte Material einwandfrei echt sei, aber wie man sich im Jahre 1904 der Echtheit des deutschen Aufmarschplanes versichert haben will, ist weder von Paleologue angegeben worden, noch ist es überhaupt irgendwo denkbar.

Was ganz besonders gegen einen Verrat der deutschen Aufmarschpläne spricht, ist die von Paleologue selbst ausgehende Unterbrechung seiner Enthüllungen durch den Marschall Petain im Jahre 1920. Hätte Frankreich nicht selbst an die Falschung geglaubt, so wäre doch eine Unterbrechung darüber, wie er in französische Hände gelangte durch einen Marschall Petain vollkommen müßig gewesen. Außerdem ist es auffällig genug, daß man die „verratenen Pläne“ im August 1914 verbrannt haben will. Wahrscheinlich, weil man eingesehen hat, daß man einem Schwindler aufgesessen war.

Man könne ruhig behaupten, so schloß Generaloberst von Kluck seine Darlegungen, daß es in Deutschland keinen „Fall Redl“ gab, und daß es keinen deutschen Offizier gegeben hat, der die Pläne des deutschen Generalstabs an Frankreich auslieferte.

Aufrehr um Buddhas Reich.

Warum floh der Dalai Lama?

London, 7. Oktober.

Jedem, wenn auch die abwegigsten Meldungen oder Gerüchte über Tibet in der englischen Presse auftauchen, pflegt sich die englische Öffentlichkeit ganz besonders für diese entlegenen aller politischen Plattformen zu interessieren. Tibet — was heißt schon Tibet? Man kennt das Land aus den Schriften von Sven Hedin, man interessiert sich für den Dalai Lama als einer der romantischsten Figuren der religiösen Welt von heute. Aber Politik?

Allerdings! Tibet umschließt für den Engländer politische Fragen aller Art. Tibet — das ist der russische Korridor nach Indien — das ist das englische Sicherungsglied für Indien gegen Russland. Als solches hat es schon in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts eine außerordentliche Rolle gespielt, und die unermüdete Tätigkeit englischer Agenten, Offiziere und Reisender hat es denn schließlich auch zuwege gebracht, daß ein zwischen dem Dalai Lama und England am 7. September 1904 abgeschlossener Vertrag dieses verstoßene Land der Welt dem englischen Einfluß und Handel weitgehend in gewissen Grenzen öffnete. Auf drei wichtigen Marktplätzen dürfen seit 1904 englische Händler und Kaufleute Fuß fassen, weniger an dort Waren zu kaufen oder zu verkaufen, als vielmehr um von dort aus weiter den antarktischen, antipazifischen und proengischen Einflüssen zu dienen.

Diese unterirdische Arbeit brachte ihre Früchte: ein Jahrzehnt später war England schon so weit, die Formulierung eines Vertrages erzwingen zu können, durch den Tibet in zwei Gebiete verchiedenen Regimes geteilt wurde, ein Außengebiet westlich des Jangtse-Flusses mit stärkerer und ein Innengebiet östlich des Jangtse mit schwächerer Selbstverwaltung unter chinesischer Oberhoheit. Die stärkere Selbstverwaltung des Außengebietes westlich des Jangtse bedeutete nichts anderes,

werden, aber man soll nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.

Hiermit ist das Wesentliche umrissen, was unter das Kapitel „Reichs- und Verfassungsreform“ fällt. Wir werden am kommenden Freitag hören, was die Parteileitung des Zentrums darüber denkt. Sicher sind wir, daß auch sie Reformen als notwendig anseht. Der innere Ausbau des deutschen Hauses gefällt dem deutschen Volke nicht mehr. Er muß erneuert werden, wo Fehler offenkundig geworden sind. Diese Erneuerung aber wird eine der wichtigsten Aufgaben sein, die der kommende Reichstag zu lösen haben wird.

Keine Eisenverbindung zwischen Staatspartei und SPD.

Berlin, 8. Oktober.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, haben die Verhandlungen zwischen der Staatspartei und den Sozialdemokraten über eine gemeinsame Reichsliste bei der bevorstehenden Reichstagswahl zu keinem positiven Ergebnis geführt. Die SPD hat es abgelehnt, eine Eisenverbindung mit einer anderen Gruppe einzugehen.

Die Wirtschaftspartei hat ihr Wahlbündnis mit der Bayerischen Volkspartei erneuert, trotz wie bei der letzten Reichstagswahl ihre Stimmen auf der Reichsliste der Bayerischen Volkspartei verreckten. Die Unterzeichnung des neuen Abkommens soll in der nächsten Woche stattfinden. Auf einem Reichstagsparteitag der Wirtschaftspartei, der am Sonntag in Berlin tagt, wird man sich über die Kandidatenfrage und die Führung des Wahlkampfes unterhalten. Die endgültigen Beschlüsse der Landvolkspartei über ihr Vorgehen bei der Reichstagswahl werden in einer Parteiausführung fallen, die gleichfalls am Sonntag in Berlin stattfinden.

Der neue Chef des Protokolls.

Berlin, 8. Oktober.

Der Reichspräsident hat den Generalmajor in Raitz, Rudolf Grafen von Wassewig, zum vor-

als die Ueberlassung dieses Teiles von Tibet an den englischen Einfluß. Es war der Vertrag von Simla (27. April 1914), durch den dieser Zustand de facto hergestellt wurde, obwohl China ihn niemals anerkannt hat.

Aus diesen Vorfällen heraus muß man die jetzt aus Indien kommenden Nachrichten bewerten. Der Dalai Lama soll aus Tibet geflohen sein, nachdem es zu heftigen Kämpfen im Osten der tibetischen Provinz Kham gekommen war. Der Ausbruch soll in Zusammenhang mit den von der tibetischen Regierung verhängten scharfen Einfuhrbeschränkungen stehen, wodurch besonders der Handelsverkehr mit Indien gelitten hat. Die Führer der Aufständischen sollen einem Kreise der Händler angehören. Wie weiter berichtet wird, ist von dem Dalai Lama, dem weltlichen Oberhaupt von Tibet, angeordnet worden, daß sein waffentragender Mann das Land verlassen darf. Wie es nun weiter aussieht, war bereits einmal im Jahre 1910 der Dalai Lama — der als wiedergeborener Buddha gilt — aus Tibet nach Indien geflohen. Damals handelte es sich um einen Streit mit der chinesischen Regierung, die formell die Oberhoheit über Tibet besitzt. Der Dalai Lama konnte nach zweijährigem Aufenthalt in Indien nach Kham zurückkehren und die chinesischen Truppen vertreiben. Am darauffolgenden Tage wurde auf englische Initiative in Simla zwischen China, England und Tibet ein Vertrag abgeschlossen, durch den sich die chinesische Regierung verpflichtete, in Zukunft jede Einmischung in die innere Verwaltung von Tibet zu unterlassen. Der Vertrag ist aber niemals von China ratifiziert worden.

Man wird abwarten müssen, wohin der Dalai Lama geflohen ist. Hat er wieder Zuflucht in Indien gesucht, so weiß man, was gespielt wird. Sollte er sich aber nach China gewandt haben, so wird man annehmen dürfen, daß sich in Tibet eine Entwicklung anbahnt, die der in der Mandchurie nicht unähnlich sein dürfte. Dann wird man auch vielleicht erfahren, warum England sich dem Vorgehen Japans gegenüber so überraschend reserviert verhalten hat.

tragenden Legationsrat mit der Amtsbezeichnung als Gesandter (als Chef des Protokolls) ernannt.

Eine Erklärung des Kyffhäuser-Bundes.

CNB Berlin, 8. Oktober.

Die Kyffhäuser-Pressestelle teilt zu einer gestern von einem Berliner Blatt gebrachten Notiz über die politische Zusammenarbeit zwischen Stahlhelm und Kyffhäuser mit, daß diese Veröffentlichung der Stahlhelm-Presse ohne jede Fühlungnahme mit dem Kyffhäuserbund erfolgt sei und auch keineswegs den Tatsachen entspreche. Der Kyffhäuserbund sei nicht gewillt, von der bisher inne gehaltenen Linie seiner vaterländischen Betätigung abzuweichen.

Die Notiz enthalte die Stahlhelm-Korrespondenz und besage nichts weniger, als daß sich der Kyffhäuserbund nunmehr in der Politik betätigen würde, natürlich im Sinne des Stahlhelms. Dieser Behauptung tritt die vorstehende Erklärung mit wünschenswerter Deutlichkeit entgegen.

Staatssekretär Weismann zieht Strafantrag zurück.

Berlin, 8. Oktober.

Wie der „Kölnischer Anzeiger“ berichtet, hat der vor kurzem verabschiedete Staatssekretär des Preussischen Staatsministeriums, Dr. Weismann, seinen Strafantrag gegen den Reichsminister Philipp Baumbach wegen Verleumdung und Verleumdung zurückgezogen. Die Vorwürfe Baumbachs gingen auf die Falschheit in mehreren Fällen, Verletzung des Geheimschutzes, Verstoß der Beamten-Bekleidung usw.

Seit sechs Jahren hatte der Reichsminister Philipp Baumbach, der als Sachverständiger in verschiedenen Staatsproben den damaligen Staatssekretär Dr. Weismann schwere Korruption in ungeliebten Eingaben an die maßgebenden Stellen und auch öffentlich erhoben. Im vorigen Jahre wurde im preussischen Landtag durch eine Interpellation von dem damaligen Ministerpräsidenten Braun die Anklage gegen Weismann, wenn Baumbach seine Vorwürfe noch einmal erhob, würde gegen ihn vorgegangen werden. Baumbach hat dies und nun-

mehr mußte Staatssekretär Dr. Weismann Strafantrag gegen Baumbach stellen. Nachdem inzwischen ein Verdict, Baumbach durch Gerichtsurteil für unzurechnungsfähig erklären zu lassen, rechtslos geblieben war, war jetzt Termin zur Hauptverhandlung anberaumt worden.

Dor starker Erhöhung des japanischen Wehretats.

CNB London, 8. Oktober.

Nach einer Meldung der „Times“ aus Tokio sind die japanischen Ministerien gegenwärtig mit der Vorbereitung ihrer Vorschläge für den nächsten Haushaltsplan beschäftigt. Japanische Zeitungen wissen zu berichten, daß der Heer und Marine große Erhöhungen ihrer Etats zu erreichen versuchen. So soll die Armee 560 Millionen Yen verlangen gegen 189 Millionen Yen im laufenden Etatsjahr. Die Flotte soll um 400 Millionen Yen vergrößert werden, während sie im Vorjahre nur mit 211 Millionen Yen bedacht worden war.

Polizei beschlagnahmt Druckmaschinen.

Bremen, 7. Oktober.

Gestern vormittag wurden durch die Polizei in der Druckeret der „Arbeiterzeitung“ am Buntentorsteilweg in Bremen, der Bremer kommunistischen Zeitung (Verleger: Arbeiterzeitung G. m. b. H.), auf Grund eines beim Reichsgericht gegen den verantwortlichen Schriftleiter angehängten Strafverfahrens wegen Vorbereitung zum Hochverrat die sechs und Druckmaschinen mit Zubehör beschlagnahmt und verpackt. Außerdem wurde zahlreiche Druck- und Schriftmaterial beschlagnahmt.

Die „Arbeiterzeitung“ hatte, wie die Polizei mitteilt, seit längerer Zeit eine Reihe von Artikeln hochverräterischen Inhalts veröffentlicht. Aus dem schwebenden Verfahren gegen den jetzigen verantwortlichen Schriftleiter hatten bereits aus ähnlichem Anlaß Verfahren gegen frühere verantwortliche Schriftleiter der „Arbeiterzeitung“ zu Verurteilungen durch das Reichsgericht geführt.

Die beschlagnahmten Maschinen stützen sich auf den neuen Paragraphen 88a des Strafgesetzbuchs, nach dem Gegenstände, die zur Begehung eines Hochverrats oder zur Vorbereitung desselben gebraucht oder bestimmt sind, eingezogen oder unbrauchbar gemacht werden können, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören.

Festnahme einer Autodiebesbande.

Berlin, 7. Oktober.

Wegen umfangreicher Diebstahlsaktionen mit gestohlenen Kraftwagen sind ein 47jähriger Kaufmann namens Kindel und ein früherer Kellner festgenommen worden. Ein dritter Teilnehmer ist geflüchtet. Alle drei haben gemeinsam geklonte Wagen in einer Werkstatt umgebaut und dann verkauft. Nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei sind fast 200 Wagen durch diese Werkstatt gegangen. Bislang konnten 40 Wagen beschlagnahmt werden, davon in Hamburg und Leipzig je 12. Auch in Magdeburg haben die Gauer versucht, geklonte Wagen an den Mann zu bringen.

Landwirt erschießt einen Amtsgerichtsrat.

München, 8. Oktober.

Der 71jährige Landwirt Wölke aus Treppendorf bei Witten erschloß heute vormittag den Amtsgerichtsrat Tilk in dessen Amtszimmer.

Wölke hatte mit dem Erschossenen wegen Rückgängigmachung der Zwangsversteigerung seiner Wirtschaft, die im Januar erfolgen sollte, verhandelt. Im Laufe dieser Verhandlungen zog er einen Revolver und schloß dem Amtsgerichtsrat eine Kugel in den Kopf, die den Amtsgerichtsrat sofort tötete. Der Täter floh, konnte aber in einem Lokal bald gefaßt werden. Er gehört der Kommunistischen Partei an und war längere Zeit in einer Anstalt zur Unterbringung seines Geisteszustandes interniert.

Heldenmut eines englischen Flugzeugführers.

London, 8. Oktober.

Ein englischer Militärflugzeug, das gestern in der Nähe von Compton brandend abstürzte, befanden sich sechs Anzeigen. Dank dem Heldenmut des Flugzeugführers konnten sich vier retten. Der Pilot gab, als die Maschine in Brand geriet, seinen Kameraden die Weisung, mit dem Fallschirm abzuspringen. Er selbst blieb am Steuer und manövrierte weiter, um ein Umfliegen des Flugzeuges zu verhindern. Der Absturz gelang allerdings nur vierem, der fünfte fand zusammen mit dem Flugzeugführer den Tod.

Eine Flugzeug-Expedition nach dem Mont-Everest.

London, 7. Oktober.

Eine Expedition von hervorragender Bedeutung wird Anfang nächsten Jahres mit dem Flug eines britischen Flugzeuges von Bengalen über den Mount-Everest und zurück unternommen werden. Die Expedition, die von Lady Houston finanziert wird, steht unter der Leitung von Lord C. G. de Salazar. Man erwartet, daß der Flug in einer Höhe von 11000 Metern Maximum ausgeführt werden wird, um die gemachten Winde, die über dem Tibet-Plateau herrschen, zu vermeiden. Während des ganzen Fluges sollen photographische Aufnahmen gemacht werden, und man hofft, daß diese von großem Nutzen für die beabsichtigte Neubewertung des Mount-Everest im nächsten Mai sein wird. Der Flug soll von Burma in Nord-Bengalen ausgehen.

Die Sprengung der Düsseldorf-er deutschen Nationalen Versammlung.

Düsseldorf, 8. Okt.

Zu den Zusammenstößen in der deutschen Nationalen Versammlung in Düsseldorf wird ergänzend gemeldet, daß nicht der junge Mann, der in den Saal geschossen wurde, sondern derjenige, der ihm die Waffe entziehen wollte, von der Tribüne in den Saal geworfen wurde. Der junge Mann hatte gegeben, daß ein Versammlungsteilnehmer von der Tribüne in den Saal geschossen wurde. Er rückte sich auf ihn, um ihm die Waffe zu entreißen. Er wurde aber sofort, offenbar von Gewinnungsgenossen des Revolvergeschüßten, gepackt und in den Saal hinabgeworfen, wo er beunruhigt liegen blieb.

Festnahme eines medienburgischen Kommunistenführers.

CNB Kottbus, 8. Okt.

Der Bezirksleiter der Kommunistischen Partei Medienburgs, Arthur Vogt, wurde, wie die kommunistische „Vossische Zeitung“ mitteilt, am Freitag in Kottbus auf der Straße von zwei Kriminalbeamten festgenommen. Über den Grund der Verhaftung ist noch nichts bekannt.

Statt Karten
Max Klepel
Hildegard Klepel
 geb. Lichtenberg
 geben ihre VERMÄHLUNG bekannt.
 Bocholt i. W. Magdeburg
 10. Oktober 1932

Neue Schreibratschläge,
 Dielenleuchten und Kronen.
 Handgewebte Decken und Kissen.
 Neue billige Vasen und Gläser.
 Aparte Neuheiten in Schmuck.
Kunstgewerbehaus Tangerdinn
 Neustraße 21. [7227b]
 Zwanglose Besichtigung.

Statt jeder besonderen Anzeige.
 +
 Du warst so jung,
 Du starbst so früh,
 Wer Dich gekannt
 vergißt Dich nie.
 Am Samstag morgen, dem 8. Oktober, ver-
 schied sanft, nach kurzem, schwerem Leiden,
 versehen mit den Tröstungen unserer hl.
 Kirche unsere liebe Tochter und einzige
 Schwester
Frl. Maria Rave
 im jugendlichen Alter von 18 1/4 Jahren.
 Bocholt, 8. Oktober 1932.
 Namens der trauernden Hinterbliebenen
Ludwig Rave und Frau Bernhildine
 geb. Wiens
Josefa Rave.
 Das Seelenamt findet statt am Dienstag, dem
 11. Oktober, 8 1/2 Uhr, in der St. Georgskirche,
 danach die Beerdigung vom St. Agneshospital,
 wozu frdl. eingeladen wird.

Prima Siegerlände
Saatweizen
 1. Abfaß.
Pflanzkartoffeln
 (1. Abfaß) früh
 Zwilchauer, Gelbtraut
 sowie späte Indu-
 strie in bekannter
 Güte. (7184)
Borres, Loikum
Gelegenheitskauf!
 Fabrikneues, feuer-
 freies [1413b]
Puch-Motorrad
 noch nicht gefahren
 und zugelassen, mit
 elektr. Licht, Horn,
 ist besonderer um-
 ständehalber unter
 Preis abzugeben
 Offerten erbeten unter
 Nr. 1413 an die Ge-
 schäftsstelle ds. Bl.
 1 gebrauchter, guterh.,
 vierrädriger (7276b)
**Hand-
 möbelwagen**
 zu kaufen gesucht.
 Offerten erbeten unter
 Nr. 7238 an die Ge-
 schäftsstelle ds. Bl.

+
Nachruf.
 Am Samstag starb plötzlich
 und unerwartet im Alter von
 18 Jahren die bei uns be-
 schäftigte Flyerin
Maria Rave
 Wir werden uns der fleißi-
 gen Arbeiterin und treuen Mit-
 arbeiterin stets gerne erinnern.
 Bocholt, 8. Oktober 1932.
F. H. Hammersen A.-G.
 deren Angestellte, Arbeiter
 und Arbeiterinnen.

+
Das Sechswodenseelenamt
 für unsere liebe Mutter
Frau Wwe. Oskar Logisch
 findet statt am Montag, dem 10.
 Oktober, 8 1/2 Uhr, in der St. Joses-
 kirche, wozu frdl. eingeladen wird.

Steuer pp. Fälligkeitstermine
 bei der Stadthauptkasse Bocholt
 im Monat August.
 1.-15. Oktober:
 Staatliche Steuer vom Grundvermögen,
 Staatlicher Zuschlag hierzu, (7237)
 Haussteuer,
 Gemeindevorstehersteuer,
 Kanalgebühren,
 Müllabfuhrgebühren,
 Hundesteuer,
 Wohnstättensteuer,
 Gymnasialschulgeld.
 1.-10. Oktober:
 Bürgersteuer (1. Rate, laut Veranlagungs-
 schreiben).
 1.-20. Oktober:
 Bürgersteuer für Arbeitnehmer (1. Rate).
 Für alle nach dem Fälligkeitstermin ge-
 zahlten Beträge ist ein Verzugszuschlag von
 1 Prozent für jeden angefallenen halben
 Monat zu entrichten.
 Bocholt, den 9. Oktober 1932.
 Stadthauptkasse.

Neue Polizeiverordnungen.
 Gemäß § 35 des Polizeiverwaltungsgesetzes
 wird auf die erfolgte Veröffentlichung der
 nachstehend bezeichneten Polizeiverord-
 nungen hingewiesen: (7137)
 1. Polizeiverordnung des Ministers des Innern
 vom 18. August 1932 — 28. September 1932
 (Verwaltungsblatt Seite 280/324) betr. das
 öffentliche Baden.
 Wesentlicher Inhalt:
 Das öffentliche Baden ist untersagt.
 Frauen dürfen öffentlich nur baden, falls
 sie einen Badeanzug tragen, der Brust und
 Leib an der Vorderseite des Oberkörpers voll-
 ständig bedeckt, unter dem Arme fest anliegt,
 sowie mit angeschnittenen Beinen und einem
 Riemen versehen ist. Der Rückenanschnitt des
 Badeanzuges darf nicht über das untere Ende
 der Schulterblätter hinausgehen.
 Männer dürfen öffentlich nur baden, falls
 sie mindestens eine Badehose tragen, die mit
 angeschnittenen Beinen und einem Gürtel
 versehen ist. In vorgenannten Familienbädern
 haben Männer einen Badeanzug zu tragen.
 Die vorstehenden Vorschriften gelten nicht
 für das Baden in Badeanstalten, in denen
 Männer und Frauen getrennt baden.
 Die Vorschriften gelten entsprechend für den
 Strandenutzung der Frauen.
 In und am Wasser ist jedes Verhalten zu
 unterlassen, das in fittlicher Beziehung Verger-
 nis zu haben geeignet ist.
 Es ist verboten, nur mit einem Badeanzug
 bekleidet, öffentliche Gaststätten zu betreten

oder sich in diesen aufzuhalten, es sei denn,
 daß die Gaststätten nur vom Badestrand oder
 den Bodeinrichtungen aus zugänglich sind.
 Die nachgeordneten Polizeibehörden können
 weitergehende Bestimmungen erlassen.
 2. Polizeiverordnung des Regierungspräsi-
 denten vom 19. 9. 1932 (Amtsblattbeilage
 zu St. 89) zum Schutz landwirtschaftlich
 hervorragender Gegenden gegen Verunstäl-
 tung durch Reklameschilder, Aufschriften
 und Abbildungen.
 Wesentlicher Inhalt:
 Die Anbringung von Reklameschildern, Auf-
 schriften und Abbildungen, die das Landschafts-
 bild verunstalten, an den Eisenbahntrecken,
 Wegen und Wasserläufen 500 Meter beider-
 seits vom äußeren Rande des Bahns oder
 Wegkörpers oder Ufers außerhalb der ge-
 schlossenen Ortschaften ist verboten. Bereits
 bestehende Anlagen sind bis zum 31. 8. 1933
 nach Aufforderung durch die Ortspolizeibehörde
 zu beseitigen.
 3. Verordnung des Regierungspräsidenten vom
 18. August 1932 (Amtsblatt Seite 157) zur
 Bekämpfung des Pappelfiebes.
 Wesentlicher Inhalt:
 Wenn sich bei kanadischen Pappeln ver-
 dächtige Anzeichen des Pappelfiebes (Nectria
 coccinea v. sanguinella) zeigen, so hat der
 Besitzer binnen einer Woche der Ortspolizei-
 behörde hiervon Anzeige zu erstatten. Die
 Polizeibehörde hat die Unterordnung der Pap-
 peln durch geeignete Sachverständige zu ver-
 anlassen, gegebenenfalls die Hauptstelle für
 Pflanzenschutz gütlich zu hören.
 Erhöht die Unterordnung, daß Pappeln am
 Pappelfiebes erkrankt sind, so hat die Orts-
 polizeibehörde die schleunige Beseitigung der
 erkrankten Pappeln anzuordnen.
 Der weitere Ausbau der kanadischen Pappeln
 ist in den Kreisen Waburg, Beckum, Borken,
 Geseke und Lellinburg bis auf weiteres
 verboten.
 4. Polizeiverordnung des Regierungspräsi-
 denten über die Verlesung von Tierkadavern
 an Abdeckerl von 13. 8. 1932 (Amtsblatt
 Seite 172).
 Wesentlicher Inhalt:
 Die Kadaver aller in dem Kreise Bocholt
 gehalten oder nicht zu Schlachthöfen ge-
 führten Pferde, Esel, Maultiere, Maultiere,
 einjährig oder zweijährig (auch der ausgeschlagenen
 totengebornen) Tiere des Rindergeschlechtes ein-
 schließlich der Kälber (auch der ausgeschlagenen
 totengebornen) Schweine (ausgenommen Ferkel
 unter 6 Wochen), Schafe und Ziegen (ausge-
 nommen Lämmer unter 6 Wochen) sind unter
 Verbot jeder anderweitigen Verwendung aus-
 schließlich der zuständigen Abdeckerlei (Gebr.
 Schaap in Markt zur unbedingten Beseitigung
 nach Maßgabe der darüber bestehenden Vor-
 schriften zu überreichen. Dem Abdeckerwerk
 unterliegen in dem oben genannten Kreise auch
 die zur menschlichen Ernährung untauglichen
 Körper und Teile von Schlachttieren, sofern
 ihre unschädliche Beseitigung in einer Ab-
 deckerlei durch die Ortspolizeibehörde angeor-
 dnet ist.
 Die Anmeldung der genannten Tiere bei
 der Abdeckerlei hat von dem Besitzer oder dem
 Gemeindevorsteher, wenn ihm Anzeige er-
 stattet ist, auf dem schnellsten Wege, spätestens
 jedoch am Tage nach dem Tode des Tieres zu
 erfolgen. Die Anzeige muß Namen und Wohn-
 ort des Besitzers, Gattung und Zahl der ab-
/>

zuholenden Tiere sowie deren Lagerort ent-
 halten. Die gleiche Pflicht hat, wer in Ver-
 tretung des Besitzers der Wirtschaft vorsteht,
 wer mit der Aufsicht über Tiere an Stelle des
 Besitzers beauftragt ist, für die auf dem Trans-
 port befindlichen Tiere deren Begleiter und für
 die im fremden Gewahrsam befindlichen Tiere
 der Besitzer der betreffenden Geflügel, Ställe,
 oder Weidplätze.
 Einer Anzeige seitens der vorbezeichneten
 Verpflichteten bedarf es nicht, wenn die Tiere
 auf landwirtschaftliche Anordnung getötet oder bei der
 Fleischschau als untauglich befunden worden
 sind. In diesen Fällen hat die Ortspolizei-
 behörde die Abdeckerlei zu benachrichtigen.
 Bis zur Abholung durch den Abdecker-
 unternehmer oder seinen Beauftragten sind die
 Tierkörper so aufzubewahren, daß sie nicht
 beschädigt oder befleckt werden und daß Tiere
 mit ihnen nicht in Berührung kommen können.
 Die Abdeckerunternehmer für Tierkörperteile
 alle genannten Tierkörper binnen 24 Stunden
 nach Einreichung der Anzeige abgeben und als-
 bald unschädlich zu beseitigen. Beim Ausbrennen
 der Kadaver ist die erforderliche Hilfe vom
 Tierbesitzer unentgeltlich zu stellen.
 Die Tierkörper der genannten Tiere dürfen
 nur in der Abdeckerlei selbst abgehaut oder
 zerlegt werden.

RHEDE
Bekanntmachung
 Es wird darauf aufmerksam gemacht,
 daß die im Monat Oktober 1932 fälligen
 Steuern, wie Grundvermögen- und Haus-
 steuer bis zum 15. Oktober ds. Js. zu
 entrichten sind. (7231)
 Bei Zahlungen, die nach dem 15. Oktober
 ds. Js. erfolgen, wird ein Verzugszuschlag
 von 1 1/2 Prozent für den halben Monat
 erhoben.
 Rhede, den 7. Oktober 1932.
 Die Gemeindebevollmächtigte: Rammann.

Landwirte!
Beizt Euer Saatgut
 mit
**Ceresan, Uspulun,
 Germisan.**
Corbin gegen Krähenfraß
Raupenleim und
Raupenleimringe
 stets frisch auf Lager [7170g]
Drogerie Bruns
 Nordstr. 22 Ruf 2746

DIE GROSSE PROPAGANDA FÜR UNSER HAUS



Die vielen schönen Herbstkleider

unserer neuen Großauswahl
 haben alle eins gemeinsam: eine
 erstaunliche Preiswürdigkeit

Damenkleider [7239g]
 aus gutem reinw. Frisolaine, in
 reizender Verarbeitung Propagandapreis **8.-**

Damenkleider
 aus neuartigen Wollstoffen, mo-
 derne zweifarbige Garnitur Propagandapreis **12.-**

Damenkleider
 aus Hammerschlag (Wolle mit
 K'seide) sehr fache Verarbeitung Propagandapreis **18.-**

Elegante Kleider
 aus Seide und Wollstoffen, dar-
 unter elegante Nachmittags- und
 Abendkleider, Propagandapreis **28.-**

Auch für die starke Dame sind pas-
 sende Größen am Lager.

Unsere Propagandapreise für neue Herbstmäntel sind unschlagbar!
 M 15.- M 25.- M 35.- M 45.- M 65.-
 Solche Billigkeit schon bei Saisonbeginn ist einfach unerhört!

S.B. LÖWENSTEIN

LIEDERN-WERTH

Bekanntmachung
 Zum Zwecke der Veranlagung zur Reichs-
 einkommensteuer findet eine Personenstands-
 aufnahme nach dem Stande vom 10. Oktober
 1932 statt. Die Aufnahme erfolgt durch
 Haushaltungsstellen, die den Haushaltungs-
 vorständen in den nächsten Tagen zugestellt
 werden. (7235)
 In die Listen sind sämtliche zum Haushalt
 gehörigen Personen, auch Kinder, die sich
 zur Erziehung außerhalb des Hauses be-
 finden, ferner Diensthelfer, Gesellen, Lehrlin-
 ge, Knechte usw. aufzunehmen.
 Insbesondere ist darauf zu achten, daß
 die Vermögensverhältnisse der Haushalte
 genau angegeben werden.
 Die Inhaber von Werkstätten, Büros,
 Kassen, gewerblichen Betrieben usw. haben
 das ihnen zugefallene Betriebsabblatt sorgfältig
 auszufüllen.
 Auf die den Listen aufgedruckte Anwei-
 sung weise ich besonders hin.
 Die Haushaltungsstellen werden auf-
 gefüllt, die Wohnungslisten genau und
 deutlich auszufüllen und dieselbe bis zum
 13. Oktober ds. Js. den Gemeindevorstehern
 zurückzubringen, andernfalls Bestrafung nach
 § 202 der Reichsabgabenordnung erfolgt.
 Bocholt, den 8. Oktober 1932.
 Der Bürgermeister des Amtes Liedern-Werth
 Blume.

ANHOLT

Bekanntmachung
 Für die am 10. Oktober ds. Js. statt-
 findende Personenstandsaufnahme werden
 den Haushaltungsstellen in den nächsten
 Tagen Haushaltungs- bzw. Betriebsabblätter
 zugestellt werden. (7233)
 Die Haushaltungsstellen werden auf-
 gefüllt, diese Listen genau und deutlich
 auszufüllen und dieselben bis zum 13. ds.
 Js. durch erwachsene Personen auf dem
 Bürgermeisterramte wieder abzugeben.
 Auf die Vorschriften der §§ 167 und 202
 der Reichsabgabenordnung vom 13. Dezem-
 ber 1919 wird hingewiesen, wonach die Er-
 füllung der vorgenannten Verpflichtung mit
 Geldstrafen erzwingen werden kann.
 Anholt, den 7. Oktober 1932.
 Der Bürgermeister: Schulte.

Herbst- und Wintersaison

meine [1410g]
Damenschneiderei
 zu den
 Serienpreisen v. RM. 4.-, 7.- und 10.-
Hanny Schreiber-Polkmann
 Telefon 2473 Ravardstr. 16.
 N.B.: Bis Mittwoch eingelieferte Arbeiten wer-
 den noch vor Kirmes fertiggestellt.

Möbel

Spezialität: Küchen, Schlafzim-
 mer zu billigsten Tagespreisen bei
Gebr. Hüls
 Möbelhandlung, Eintrachtstr. 15

Wäsche

Eine gutgeübte
 liefert Ihnen der
Heilmangelbetrieb
 van der Linde
 Königsstraße 20



Preußen
 Die W
 am heutig
 nungen. Di
 lo, daß, na
 Westfalen
 klagen. Reu
 Reben Preu
 bezw. dritte
 belle hat di
 bei 5 Spiel
 Preuß
 in Serte n
 ner leicht
 nchtig ein
 weiteres vo
 fen die Reu
 der Minkte
 mit Unrech
 die minkte
 diesen Nach
 nicht vergeb
 die Preußen
 fest sind un
 haben, die d
 beland ist
 ariffs, der h
 als im Orts
 starks Sam
 bei Karren
 dungen für
 werden die
 gen sie aber
 schaft auch
 S. S. Re
 Die M
 schaft von
 ein Verein
 lang gut ge
 itagsjahren
 punkten etw
 Mannschaft
 Die Eft hat
 im Mittellau
 maßen Schw
 nen werden,
 Kubigkeltia
 Union
 Für diese
 beten Ausst
 ertäncht. Di
 überlegen
 ab, morgen
 und techn
 W. f. L. Sch
 Aus
 Daue
 des
 Zum sech
 Werdstamm
 Flugplatz
 von 6 Km.
 fungen für
 mit dem vier
 und mit dem
 Die Prüfung
 Dreijä
 Belcher Ant
 Buchmann, 10
 Brünning, Sud
 105 Min. 40 S
 Dorfel, Müllst
 Bierj
 1. „Moll“, Bel
 Alphonse Gage
 Hermann Egg
 97 Min. 48 S
 Amelsbüren, 2
 4. „Moll“, i
 Fahrer Heintz
 Belcher Ant
 Buchmann, 99
 Brünning, Sud
 100 Min. 15
 Schulte-Wahrt
 10 Sef.
 Pierj
 1. „Moll“, Bel
 Bel, Theodor C
 91 Min. 15 S
 hard Schulte-
 Wierling, 102
 Sieh
 reu

[7238g

ine, in
apreis

8.-

mo-
apreis

12.-

e mit
eilung
apreis

18.-

der
dar-
und
apreis

28.-

ame sind pas-
m Lager.

nd unschlagbar!

M 65.-

unerhört!

N Sonntag
Fenster
beachten!

Wintersaison

neiderei

4., 7. und 10.

er-Polkmann

Ravardstr. 16.

liefernte Arbeiten war-
festiggestellt.

den, Schlafam-
Tagespreisen bei

ls

bügelte
ch e

en der
Betrieb
Rinde

je 20

im

OH

Sie lauten wie ich.

Lebewohl-Ballen-
63 Pfg. Lebe-
indische Fäße und
45 Pfg. erhält-
nen. Sicher zu haben
22. Drogerie Markt-
Steiner, Markt 8.
eustraße, in Rhede
(A244)

Der Punktekampf geht weiter.

Preußen Münster im Kampf um die Tabellenführung. — Münster 08 muß sich vorsetzen. —
Tabellentopfe kämpfen in Gronau. — Union Reddinghausen — VfL Osnabrück.

4. Münster, 9. Oktober.

Die Westgruppe der westfälischen Sonderklasse steht am heutigen Sonntag wieder vor entscheidenden Begegnungen. Die Lage ist im Augenblick in der Sonderklasse so, daß nach Verlustpunkten gewertet, Preußen Münster, Westfalia Scherlebe und Union Reddinghausen am glänzendsten stehen. Auf Grund der durchgeführten Spiele stehen Preußen Münster und Scherlebe sogar an zweiter bzw. dritter Stelle punktgleich. Die Führung der Tabelle hat die Spielvereinigung Heren mit 7:3 Punkten bei 5 Spielen. Den wichtigsten Punktekampf liefern sich

Preußen Münster und Sp. Vg. Heren

in Heren. Die Münsteraner stehen hier gewiß vor keiner leichten Aufgabe und die Bedenken, die man hinsichtlich eines Sieges der Münsteraner hat, sind nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Nicht mit Unrecht weisen die Leute vom Fach auf die schwache Angriffsleistung der Münsteraner am vergangenen Sonntag hin und nicht mit Unrecht wird der Nachteil des fremden Platzes für die Münsteraner Preußen hervorgehoben. Aber neben diesen Nachteilen soll man das Plus der Mannschaft nicht vergessen. Man darf ohne Ueberhebung sagen, daß die Preußen im Schlußdreieck außerordentlich stark besetzt sind und daß sie auch eine Kaderreihe zur Verfügung haben, die der gegnerischen Kaderreihe ebenbürtig ist. Entscheidend ist natürlich das Können des münsterischen Angriffs, der heute wahrlich einfließen und befähigter spielen wird, als im Ortstreffen, wo die neuen Kräfte der Preußen hartes Kampffieber hatten. Ausgesprochenes Flügelspiel der Preußen am Samstag ist heute Vorbedingung für einen Sieg der Preußen. Die Münsteraner werden die Herener nicht zu unterkochen haben, sie brauchen sie aber nicht zu fürchten, selbst wenn die Mannschaft auch einmal 0:0 gewonnen hat.

S. S. Reddinghausen beim S. C. Münster 08.

Die Münsteraner empfangen in Münster die Mannschaft von S. S. Reddinghausen. Mit dieser Elf stellt sich ein Verein vor, der sich entgegen den Voraussetzungen bislang gut gehalten hat und der im Augenblick keine Klagen wegen etwas ungünstiger, aber trotzdem wird man der Mannschaft die Erfolgsmöglichkeit nicht absprechen können. Die Elf hat sich für den heutigen Sonntag durch Füllung im Mittelfeld wieder verstärkt und wenn sie mit einigermaßen Schärfe bei der Sache ist, kann das Spiel gewonnen werden. Münster 08 spielt in der Aufstellung

Brodmeyer, Winkelhaus, Obermann, Sauer, Fülling, Freemann, Kubigkeltia, Haake, Bod, Neuwirth, Fröhlich.

Union Reddinghausen — B. f. L. Osnabrück.

Für dieses Treffen hat die Unionmannschaft die größten Aussichten. B. f. L. Osnabrück hat bislang etwas enttäuscht. Die Mannschaft kauft sich auch heute noch zum überlegenden Teil auf die alten Kräfte, die heute mal auf morgen mal schlecht in Form sind. Unions Stabilität und technisch auch nicht schlechte Mannschaft wird dem B. f. L. schwer zu schaffen machen.

B. C. Gronau 09 — Borussia Rheine.

Einen erbitterten Kampf wird es am Sonntag auf dem Deidenhorstplatz in Gronau abgeben, wo die augenblicklich am Tabellenende lebenden alten benachbarten Rivalen der beiden Industriestädte aufeinandertreffen. Beide Mannschaften haben nach einem guten Start ihre Anhänger in diesem Jahre enttäuscht. Die Gronauer haben, seitdem sie dem vorjährigen Meister und jetzigen Tabellenführer Heren einen Punkt abgezogen haben, aus allen anderen 5 Kämpfen nicht einen einzigen Punkt holen können. Den Borussia ist nun nicht gerade „so dreckig“ gegangen, denn sie besitzen „schon“ 3 Pluspunkte, aber überzeugt hat die Mannschaft bis heute noch in keinem der ausgetragenen Meisterschaftskämpfe. Nach dem kläglichem Verlegen des Angriffs im letzten Spiel gegen Reddinghausen 18 greift man jetzt zu einem Gewaltakt und bringt einen völlig neuen Sturm mit 2 Jugendlichen und in recht problematischer Aufstellung auf die Beine.

Die Ostgruppe meldet:

08/07 Bielefeld — Arminia Bielefeld.
Union Seelhorst — S. C. Hilen.
Westfalia Hilen — Sp. B. Hamm.
Teutonia Völpke — B. f. L. Bielefeld.
B. f. L. Münster — B. f. L. Heren.

Der B. f. L. Münster empfängt am heutigen Sonntag die 1. Mannschaft des B. f. L. Seelhorst. Die Seelhorster sind ein nicht zu unterschätzender Gegner. Der Spieldarstellung ist offen.

In der 1. Bezirksklasse, Gruppe Nord,

spielen: B. B. Rheine — Rheine 09. Sparta Nordhorn — Osnabrück 08. Borussia Gronau — S. C. Emsdetten und Gronau 09 — B. B. Quakenbrück. Von den zahlreichen Spielen in der

2. Bezirksklasse

interessiert in erster Linie der Ortskampf in Münster zwischen

Reichsbahnpostverein und Volkspostverein.

der auf dem Reichsbahnstadion vor sich geht. Beide Mannschaften sind augenblicklich recht isoliert. Wenn die Postler auch das Gesellschaftsspiel vor kurzem glatt gewonnen, so ist ihnen heute der Sieg doch keineswegs sicher.

Handballsport in Münster.

Preußen Münster — T. B. Osnabrück.

Sonntag morgen 11 Uhr treffen sich im Preußenstadion die beiden ersten Mannschaften des S. C. Preußen und T. B. Osnabrück zum Handballfreundschaftsspiel. Das sicherlich starke Aufgebot findet sich. Die Osnabrücker Gäste sind spielfest, und da auch die Preußen am letzten Sonntag durch gute Leistungen überlachten, ist mit einem guten Besuch zu guten Leistungen zu rechnen. Nachher treffen sich

Preußen Münster 2. und Volkspostverein Münster 2.

Aus Münster und dem Münsterland.

Dauerzugleistungsprüfungen des Pferdestammbuchs.

4. Münster, 8. Oktober.

Zum sechsten Male veranstaltete das Westfälische Pferdestammbuch gestern auf der Runkelstraße zwischen dem Flugplatz Lodenheide und Albersloh auf einer Strecke von 6 Km. hin und 6 Km. her Dauerzugleistungsprüfungen für Kaltblutpferde. Die Pferde waren belastet mit dem vierfachen Gewicht für Vierjährige und ältere und mit dem dreifachen Gewicht für dreijährige Pferde. Die Prüfung hatte folgendes Ergebnis:

Zuchtpferde.

Dreijährige Einspänner. 1. „Citron“, Fahrer Anton Buhmann, Hohenholte, Fahrer Theodor Buhmann, 101 Min. 10 Sek.; 2. „Citra“, Fahrer Paul Brünning, Sudhoff bei Amelsbüren, Fahrer Karl Budde, 105 Min. 40 Sek.; 3. „Citerne“, Fahrer Josef Medmann-Dorfer, Münster, Fahrer Heinrich Medmann, 108 Min.

Vierjährige und ältere Einspänner. 1. „Oly“, Fahrer Heinrich Eggert, Amelsbüren, Fahrer Alphon Eggert, 95 Min. 38 Sek.; 2. „Charlotte“, Fahrer Hermann Eggert, Neudorf, Fahrer Bernd Bessel, 97 Min. 48 Sek.; 3. „Alma“, Fahrer Wm. Meßing, Amelsbüren, Fahrer Josef Meßing, 97 Min. 50 Sek.; 4. „Molly“, Fahrer Josef Medmann-Dorfer, Münster, Fahrer Heinrich Medmann, 98 Min. 25 Sek.; 5. „Dallia“, Fahrer Anton Buhmann, Hohenholte, Fahrer Theodor Buhmann, 99 Min. 20 Sek.; 6. „Ideale“, Fahrer Paul Brünning, Sudhoff bei Amelsbüren, Fahrer Karl Budde, 100 Min. 15 Sek.; 7. „Berglinde“, Fahrer Bernhard Schulte-Bahrkamp, Giesendorf, Fahrer Heinrich Bierling, 102 Min.

Vierjährige und ältere Zweispanner. 1. „Adele“, Fahrer Wm. Eggert, Othtern, und „Molly“, Fahrer Theodor Eggert, Lüttenbeck, Fahrer Heinz Eggert, 91 Min. 15 Sek.; 2. „Laura“ und „Morgana“, Fahrer Bernhard Schulte-Bahrkamp, Giesendorf, Fahrer Heinrich Bierling, 102 Min.

Gebrauchspferde.

Dreijährige Einspänner (Mastpferde). 1. „Gerold“, Fahrer Franz Budde-Schürmann, Haus Schürmann bei Nottuln, Fahrer Josef Budde, 101 Min. 25 Sek.; 2. „Cito“, Fahrer Bernhard Schulte-Bahrkamp, Giesendorf, Fahrer Böhmer, 108 Min. 42 Sek.

4. Münster, 8. Okt. Richtige Ernennungen. Bernhard Fugentz, Fahrer zu Bortrop St. Michael, zum Pfarrer in Stabhorn; Norbert Enke, Seminarlehrer aus Münster, zur Zeit in Neudorf, zum Kaplan in Hilen St. Marien; Karl Halbeisen, Seminarlehrer aus Buer, zur Zeit in Cleve Maria-Empfangnis, zum Kaplan in Hiltrup.

4. Münster, 8. Okt. Mehr als drei Viertel der westfälischen Milch „sehr gut“. Zu der neunten diesjährigen Prüfung der westfälischen und lipplischen Milch durch die Molkerei-Bezirke und Versuchsanstalt wurden 88 Proben eingesandt. Davon waren 15 Proben (17 %) Rohmilch, 22 (25 %) dauererhitzte Milch, 15 (17 %) hocherhitzte Milch und 36 (41 %) in dünner Schicht momenterhitzte Milch. Die Gesamtergebnisse hatte das folgende Ergebnis, daß nicht weniger als 68 Proben (77,3 %) als „sehr gut“ bewertet werden konnten. Außerdem waren noch 12 Proben (13,6 %) „gut“, von den restlichen 8 Proben verteilten sich 5 (5,7 %) auf „ausreichend“ und 3 (3,4 %) auf „schlecht“. Die höchste Punktzahl 26, wie Reis, 26, die niedrigste 13, der Durchschnitt war 24,8, lag also fast in der Mitte zwischen „gut“ und „sehr gut“. Die Durchschnittspunktzahl war bei den 15 Proben Rohmilch 23,7, bei den 22 Proben dauererhitzter Milch 25, bei den 15 Proben hocherhitzter Milch 24,9 und bei den 36 Proben in dünner Schicht momenterhitzter Milch 24,5.

4. Münster, 8. Okt. Der Butterprüfung für September. Die von der Molkerei-Bezirks- und Versuchsanstalt für September vorgenommene Prüfung der Butter aus den westfälischen und lipplischen Molkereien war mit 60 Proben besetzt. Ihre Gesamtergebnisse ergab, daß 22 Proben (36,7 %) als „hochfein“ erkannt wurden, 29 (48,3 %) als „fein“, 8 (13,3 %) als „gut“ und 1 (1,7 %) als „schlecht“.

Neues in Kürze.

Berlin. Die Aufhebung der Kürzung der Sozial- und Invalidenrenten ist nicht beabsichtigt. Dagegen wird die Erhöhung der Unterstützungssätze für den kommenden Winter erneut in Aussicht gestellt.

Berlin. Am Samstag wurde vom Verwaltungsrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte gegen den Bankdirektor Heinrich Dietrichs und den Börsenagenten Robert Cohn d. Ä. Colmer Haftbefehl wegen Devisenvergehens erlassen. Die beiden werden beschuldigt, 410.000 Rm. in der über die Grenze ins Ausland gebracht zu haben.

Leipzig. Die Belegschaft der Großbuchbinderei Sietz in Leipzig ist am Samstag vollständig wieder zur Arbeit angetreten. Alle Streikenden außer dem bisherigen Betriebsratsvorsitzenden sind wieder eingeleitet worden. Damit ist die für die deutschen Großbuchbindereibetriebe geplante Gesamtaussperrung vermieden.

Wien. Zu der französischen Mitteilung aus Genf, daß sich die österreichische Regierung dem Vorgehen der Bündnisstaaten in der deutschen Gleichberechtigungsforderung angeschlossen habe, wird von der österreichischen Regierung mitgeteilt, daß diese Mitteilung nicht zutreffend sei, daß der österreichische Vertreter in Genf, von B. F. G. gelegentlich eines Gesprächs mit Paul Boncour erklärt habe, daß Österreich ebenfalls Wert darauf lege, eingeladen zu werden, falls die kleinen Staaten zu der geplanten Rumpf-Mächte-Konferenz eingeladen werden sollten. Im übrigen stehe Österreich in der Gleichberechtigungsforderung auf dem gleichen Standpunkt wie Deutschland.

als „abfallend“. Gegen die höchste Punktzahl 20 stand die niedrigste mit 12, der Durchschnitt lag bei 17,9. Als markenfähig wurden 22 Proben erkannt. Das sind nur 24,7 %, also wesentlich weniger als in den Sommermonaten. Von den 62 Proben ungelagerter Butter wurde die Markenfähigkeit 17 Proben (27,4 %) und von den 8 Proben gelagerter Butter 5 Proben (62,5 %) ausgesprochen. Am besten hat also auch diesmal wieder die gelagerte Butter abgeschnitten.

4. Münster, 8. Okt. Ein Telegramm des Westfälischen Bauernvereins. Der Westf. Bauernverein hat folgendes von seinem Präsidenten Diekmann unterzeichnetes Telegramm an den Reichsminister und den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft gesandt: „Westfälischer Bauernverein erlucht dringend die Reichsregierung, unbestimmt um parteipolitische Voreingenommenheit und Verhinderung, industrielle wie händlerische Quertreibereien, die verfluchten Kontingentierungsmaßnahmen zu verwerfen. Die Landwirtschaft kann nicht mehr länger ausgenutzt werden. Objekt der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung sein.“

4. Hilen, 8. Okt. Verpachtung. Das Restaurant „Zum goldenen Hils“ an der Oststraße wurde von dem Besitzer Diederich verpachtet. In diesen Tagen wird T. Rampe die Bewirtschaftung übernehmen.

4. Hilen, 8. Okt. Westfälischer. Die gesamten Geschäftsführer und Grundbesitzer des Altwarenhandels B. R. im Rühl gingen durch Kauf in den Besitz der Getreidehandlung Wm. Münstermann über.

4. Bielefeld, 8. Okt. Gegen einen Baum gefahren. Auf der stark abfälligen Straße in der Nähe des Spritzenhauses ereignete sich ein Autounfall. Ein aus der Richtung Bedum kommender Personnenwagen streifte einen Apfelbaum und fuhr, sich überschlagend, in den Graben. Eine Person erlitt erhebliche Verletzungen.

4. Bielefeld, 8. Okt. Wegen Amtsuntersuchung und Urkundenfälschung verurteilt. Das münsterische Schöffengericht hat den Kaufmann Wilhelm W. zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr Gefängnis. Als Geschäftsführer der Ortskrankenkasse und der Bankrentenkasse Bedum hatte er sich eine Postanweisung mit 207 Mark angeeignet und diese mit einer falschen Unterschrift versehen. Außerdem unterschrieb er bei der Bankrentenkasse Bedum 162 Mk. und bei der Ortskrankenkasse Bielefeld 1080 Mark.

Geschäftliches.

Große Zuchtvieh-Versteigerung am 14. Oktober 1932 in Hamm.

Am 14. Oktober d. J. vormittags 11 Uhr, findet die diesjährige Herbst-Zuchtvieh-Versteigerung der Westfälischen Herdbuchgesellschaft für die Zucht des schwarzweißen Tiefenrindes in Hamm (Westf.) statt. Hier werden neben 50 in den Ställen der Viehherde ausgetretenen erkrankten Zuchtstuten 120 frischmilchende und hochtragende Kühe und Kinder versteigert. Die Tiere stammen aus den besten Herdbuchställen der Provinz. Es wird für Fruchtbarkeit und Deckfähigkeit der Bullen und für die Trächtigkeit der weiblichen Tiere garantiert. Die Milchleistungsergebnisse werden für sämtliche Tiere im Auktionskatalog für zwei volle Generationen bekanntgegeben. Sämtliche Tiere genießen beim Transport mit der Bahn eine 50prozentige Frachtminderung. Der Auktionsort findet am 14. Oktober, vormittags 11 Uhr, beginnt, geht um 8 Uhr eine Hornen- und Leuchtungsprämierung sämtlicher Tiere voraus. Die Käufer haben mithin reichlich Zeit zur Besichtigung der Tiere in den tagelangen Stallungen. Zur Auswahl von Zuchtstuten steht die Zuchtstutten der Westf. Herdbuchgesellschaft, Herford, Wilhelmplatz 12, Interessenten zur Verfügung. Katalog wird auf Wunsch kostenlos und portofrei zugelandet.

Münsteraner Schweinemarkt am 8. Oktober. Auftrieb: 2805. Es kosteten Ferkel 6-8 Wochen alt 4,5-8 Mk., 8-12 Wochen alt 8-12 Mk., Käufer 3-4 Monate alt 12-18 Mk., 4-6 Monate alt 18-35 Mk. Marktverlauf langsam.

Sieh mal an, schon fertig?



Jawohl, alles blitzblank, alles tadellos! Früher stand ich und diese Zeit noch hier und wußte vor Arbeit weder ein noch aus. Seitdem ich aber mein IMI habe, geht das Aufwaschen wie am Schnürchen. Das mußt Du unbedingt probieren! Es ist ganz fabelhaft, wie schnell das Fett verschwindet, und das Geschirr zeigt einen Glanz — ganz herrlich! 20 Pfennig kostet das Paket, damit kommst Du sehr lange aus. Welche Bequemlichkeit durch IMI welche Ersparnis! Beim Geschirraufwaschen genügt ein Kaffeelöffel IMI für eine normale Aufwaschschüssel. So ergiebig ist es!



zum Aufwaschen, Spülen, Reinigen für Geschirr und alles Hausgerät!

Hergestellt in den Porzellanwerken.

Vertreter: Carl Neth, Münster i. Westf., Habichtshöhe 17



Wäre der nicht etwas für Sie?

Aber unser Bild ist bloß eine Zeichnung, an der Sie leider die moderne Farbe und die gute Qualität des Stoffes nicht beurteilen können. Und darauf kommt's auch an — nicht wahr? Aber das können Sie leicht nachholen, indem Sie uns einen unverbindlichen Besuch machen und dabei die ganze große Auswahl betrachten.

Ulster mit Rückengurt im besonders guten Schnitt (daher der famose Sitz) vorzüglicher schwerer Stoff

27.50

Lettlage

DAS GESCHÄFT DER SPARSAMEN

Münster i. W.

Dienst am Kunden

Ist in unserem Hause kein leeres Schlagwort.

Die Beweise:

- | | | |
|-------------------------------------|---|---------------------|
| Gute Qualitäten | — | Niedrigste Preise |
| Weitgehendste Garantie | — | Große Auswahl |
| Freundliche fachmännische Bedienung | — | Kein Kaufzwang |
| Keine Zugaben | — | Streng feste Preise |
- Verminderung aller Unkosten, die die Warenpreise erhöhen

das ist Dienst am Kunden.

Unlere Groß-Einkaufsbeziehungen
ermöglichen uns immer wieder besonders günstige Angebote.

Rottmeyer
Hermann BOCHOLT - MARKT
Das Kaufhaus für alle, die gut und billig kaufen wollen.

Aus Nah und Fern.

Liedern

Weisdiebstahl. Unter den Diebstählen, die in den letzten Wochen die ganze Gegend erschreckend heimsuchten, hat auch Liedern schwer zu leiden gehabt. Nachdem erst vor einigen Tagen — in kurzer Zeit zum zweiten Mal schon! — bei dem Arbeiter Niederer durch Einbruch 5 Hühner entwendet wurden, schlachteten Diebe in der Nacht zum Freitag dem Landwirt G. Meßling einen jungen Bullen auf seiner Weide in Muffum ab. Unter Zurücklassung von Kopf, Beinen usw. verschwanden die Diebe mit dem Fleisch des Tieres. Da der Diebstahl erst am folgenden Nachmittag von den Anwohnern bemerkt und gemeldet wurde, wird es schwer halten, die Diebe zu fassen.

Herzobocholt

Regulierung des Rufenbuschbaches. Seit einiger Zeit werden Verhandlungen über die Regulierung des Rufenbuschbaches gepflogen, der die hiesige Gemeinde und Teile von Anholt durchfließt. Wie wir erfahren, sind die Verhandlungen inzwischen soweit gediehen, daß die Antragsnahme der Arbeiten nur eine Frage der Zeit ist, vorausgesetzt, daß das Landesarbeitsamt die Arbeiten als für den freiwilligen Arbeitsdienst geeignet anerkennt.

Dingden

1. Verarmung des Jünglingsvereins und der D.J.R. Am Freitag hielten der Jünglingsverein und die D.J.R. im Vereinslokal Belling eine überaus gut besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende der D.J.R. Willi Kiemann eröffnete die Versammlung und begrüßte vor allem den Präses des Jünglingsvereins, Kaplan Lohmann, sowie Lehrer Busch (Bocholt). Dieser hielt ein Referat über die Ziele der D.J.R., wobei er u. a. folgendes ausführte: Das Hauptziel der D.J.R. ist es, Körper und Seele zu veredeln. Eine gewisse Disziplin soll den Körper beherrschen. Erste Pflicht des Deutschen Jugendkraftlers ist es, am Sonntag seiner Religionspflicht zu genügen. Die D.J.R. muß die Eitertube der katholischen Bewegung sein. Mit einem Hoch auf die D.J.R. schloß der Redner seine Ausführungen, nachdem er zuvor noch die neue Wertung der Punkte beim Spiel erklärt hatte. Nach Erlebung einiger interner Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

2. Drei Schmuggler gefaßt. Polizeibeamten gelang es, am Freitagabend auf der Bocholter Chaussee drei Schmuggler abzufassen. Insgesamt wurden etwa 28 Pfund Tabak sowie drei Fahrräder beschlagnahmt. Nach Feststellung der Personalkarten wurden die Schmuggler auf freien Fuß gesetzt.

a. Sperre aufgehoben. Die Sperre, die über die Gehöfte der Landwirte Heinrich Liden (Dorf) und Heinrich Schulten (Berg) verhängt war, ist aufgehoben, da die Maul- und Klauenseuche unter den Viehbeständen erloschen ist.

1. Immer wieder die gefährliche Kurve. Gestern morgen ereignete sich an der gefährlichen Kurve bei der Wirtschaft Klippers wieder ein Autounfall. Der leicht schwerere Folgen hätte haben können. Das zweijährige Schindens des Kaufmanns Heint. Wiffing lief gerade in dem Augenblick, als ein von Weisel kommender Personenzug die Kurve nahm, über die Straße. Zum Glück hatte der Fahrer des Wagens die Gefährlichkeit der Kurve erkannt und auf die Seite geschwenkt. Der Wagen wurde schwer beschädigt. Auch das Hinterrad wurde schwer beschädigt. Der Fahrer erlitt Verletzungen. Mit einer geringfügigen Stirnwunde kam der Junge davon.

Rhede

11 Verletzungsfall. Gestern nachmittags ereignete sich auf dem Bahnhofsvorplatz ein Verletzungsfall. Ein Radfahrer wurde von einem Personenzug, der vom Güterbahnhof her kam (obwohl dieser Weg für Fahrzeuge aller Art gesperrt ist), angefahren. Das Fahrrad wurde schwer beschädigt. Auch das Hinterrad wurde schwer beschädigt. Der Fahrer erlitt Verletzungen. Mit einer geringfügigen Stirnwunde kam der Junge davon.

2. Sprechstunden des Rath. Arbeitssekretariats. Bocholt werden im Arbeitervereinshaus am kommenden Dienstag, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, abgehalten.

Dom Niederrhein.

Jffelsburg

1. Beauftragte die Fahrer. Die immer früher hereinbrechende Dunkelheit macht es allen Radfahrern zur Pflicht, ihre Fahrer zu beauftragen. Gestern abend fuhren zwei ohne Licht fahrende Fahrer zusammen. Die Fahrer wurden bestraft, und auch die Radfahrer erhielten Verurteilungen. — Fall ist zur Anzeige gebracht.

Eine Ringstraße vor den Toren Bocholts.

Quer durch die Gemeinden Barlo, Stenern, Hemden, Sport, Liedern und Muffum.

sch. Bocholt, 9. Oktober.
Die zerstreute Siedlungsweise unseres Münsterlandes stellt an den Straßenbau naturgemäß nicht geringe Anforderungen. Zwar fehlt es nicht an sogenannten Durchgangsstraßen, die die größeren Orte miteinander verbinden und meist auch ziemlich in Ordnung sind. Aber die Verbindungswege zwischen den einzelnen Landgemeinden lassen gar häufig manches zu wünschen übrig und sind namentlich zur Winterzeit oft kaum zu passieren.

Das, was allgemein für das Münsterland gilt, trifft in gewissem Sinne auch für das Amt Liedern zu, das die Stadt Bocholt im Süden, Westen und Norden umflammt. Nicht weniger als neun Straßen, die sich durchweg in guter Verfassung befinden, gehen von Bocholt aus in allen Richtungen aus und erleichtern so den Verkehr der von ihnen berührten Gemeinden des Amtes mit der Stadt. Es sind dies, von Süden angefangen, folgende Straßen: 1. Dingener Chaussee, 2. die Verlängerung der Sachsenstraße, durch Muffum nach Voikum, 3. der Muffumer Süßgraben, 4. die Provinzialstraße nach Werth, 5. der Höfgraben in Lohmit, dessen Verbindung mit der Schwanestraße in Bocholt allerdings immer noch fehlt, 6. die Kreisstraße Bocholt — Sport — Suderwid, 7. die Kreisstraße Bocholt — Hemden — Vatten, 8. die alte Vatterener Landstraße (die Verlängerung der Hemdenstraße in Bocholt), 9. die Kreisstraße Bocholt — Stenern — Barlo (deren letztes Stück von der Barloer Kirche bis zur Landesgrenze allerdings noch nicht vom Kreis übernommen ist).

So sehr den Bewohnern der Landgemeinden durch diese Straßen der Verkehr mit der Stadt erleichtert ist, so wenig günstig sind die Verbindungen der einzelnen Gemeinden untereinander. Aus diesem Grunde tauchte schon vor Jahren der Plan auf,

eine Ringstraße zu bauen, die die Gemeinden Barlo, Stenern, Hemden, Sport, Liedern, Muffum und Wiemenhorst verbindet.

Bürgermeister Bume war es, der zuerst das Projekt aufgriff und es bis heute zu einem großen Teil schon verwirklicht hat. Ueber die Wirtschaftlichkeit dieses Projektes kann kein Zweifel bestehen, wenn auch hin und wieder Widerstände auftauchten und noch weiterhin sich geltend machen. In der Hauptsache handelt es sich darum, einen

großen Wirtschaftsweg durch die einzelnen in Frage kommenden Gemeinden zu schaffen, der die straßenförmig von Bocholt ausgehenden Straßen und damit auch die einzelnen Gemeinden verbindet und einen großen Weg von der Stadt Bocholt zieht, der am Bahnhof Barlo seinen Anfang nimmt und später einmal irgendwo in Wiemenhorst in die Dingener Chaussee einmündet.

Diese Straße soll einschließlich der beiderseitigen Gehsteigebahnen eine Breite von 14½ Meter haben und sich möglichst dem bereits vorhandenen Wegenverlauf anpassen, als Wegestrecken, die im Zuge dieser neuen großen Straße liegen, selbstverständlich in die neue Straße „eingereiht“ werden.

Wie gesagt: das Projekt wird schon seit einigen Jahren verfolgt. Einige Wegestrecken sind bereits in den letzten Jahren im Profil ausgebaut worden und zwar der Teil der Ringstraße, der auf die Gemeinde Stenern entfällt und ein Stück von der Kirche in Barlo bis zum „Häckerried“. Es handelt sich bei diesen Arbeiten wie auch bei den noch folgenden

lediglich um Erdbarbeiten, die nur sehr geringe Materialkosten verursachen. Dagegen ist das Verbindungsstück zwischen der Suderwider Straße und der Provinzialstraße nach Werth (über die Eifenhütte) bereits mit einer festen Decke versehen.

Während die genannten Arbeiten als Notstandsmaßnahmen durchgeführt wurden, werden weitere Arbeiten, die bereits in der nächsten Woche ihren Anfang nehmen sollen,

im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt werden. Und zwar handelt es sich zunächst um das restliche Wegestück in Barlo, das etwa 1050 Meter lang ist und sich vom Gehöft Schattischule bis zur Stenerner Gemeindegrenze hinzieht, wo es in das bereits profilmäßig fertige Stück der Gemeinde

Stenern einmündet. Hier werden etwa 20 Arbeitsdienstwillige drei Monate lang Beschäftigung finden. Nach Fertigstellung dieses Wegestückes ist das Profil der Ringstraße von der Kirche in Barlo bis zur Gemeindegrenze von Hemden fertig.

Weiter soll im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes das Stück der geplanten Ringstraße von der Grenze der Gemeinde Hemden bis zur Suderwider Chaussee (etwa 2100 Meter), wo es in die ausgebaute Straße über die Eifenhütte einmündet, in Angriff genommen werden. An dieser Arbeit können etwa 60 Arbeitsdienstwillige ebenfalls drei Monate lang beschäftigt werden. Auch hier handelt es sich ebenso wie bei den Arbeiten in Barlo, um Begräbnung und Regulierung der Straße, also um Arbeiten, die Materialkosten kaum verursachen. Der neue Straßenzug wird sich in der Gemeinde Sport etwa folgende Gehöfte berühren: Groß-Holt, Klein-Schmeing, Bumann, von Mulert, Eising, Knuf und Logeland.

Wenn die zuletzt genannten Arbeiten durchgeführt sind, ist die Ringstraße — wenn auch zum Teil nur im Profil — vom Bahnhof Barlo bis zur Provinzialstraße nach Werth mit Ausnahme allerdings des Teiles, der auf die Gemeinde Hemden entfällt, fertig. Es ist natürlich wünschenswert, daß sowohl dieses Wegestück wie auch das ebenfalls noch fehlende Stück von der Provinzialstraße bis zum Bahnhof Muffum (etwa 2 Kilometer, die in den Gemeinden Liedern und Muffum liegen) in absehbarer Zeit in Angriff genommen werden. Am Bahnhof Muffum wäre dann der Anschluß an die Gemeindestraße, die in die Sachsenstraße in Bocholt einmündet, sowie an die Wiemenhorster Gemeindegasse, die ihrerseits in die Vatterener Chaussee einmündet, erreicht.

Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr allzu ferne, wo wir einmal von der endgültigen Fertigstellung der großen Ringstraße des Amtes Liedern-Werth berichten können, die nicht zuletzt den Amtseingelebten selbst die größten Vorteile bringen wird.

Morgen läuft die Frist ab.

Für die Beantragung von Reichszuschüssen für die Instandsetzung von Wohngebäuden.

w. Bocholt, 9. Oktober.

Durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung sind u. a. auch Mittel für die Instandsetzung von Wohngebäuden, die Teilung von Wohnungen und den Umbau sonstiger Räume für Wohnungen zur Verfügung gestellt. Nach den preußischen Durchführungsbestimmungen ist eine sofortige Verteilung der Mittel vorgesehen. Es können deshalb nur solche Anträge berücksichtigt werden, die spätestens am Montag, dem 10. Oktober, bei den zuständigen Bürgermeistern abgegeben werden. Wenn die Anträge im allgemeinen auch lediglich ausführende Kostenaufschläge beigestellt werden sollen, so dürfte es im Hinblick auf die kurze Frist zunächst genügen, wenn die entsprechenden Anträge rechtzeitig gestellt werden. Die erforderlichen

Unterlagen müssen dann natürlich auf dem kürzesten Wege beigebracht werden.

Berücksichtigt werden bei der Vergabe von Zuschüssen allgemein nur solche Arbeiten, die nach dem 25. September 1932 und vor dem 1. April begonnen sind; sie müssen spätestens am 1. Januar 1934 beendet sein. Besonders wichtig ist, daß die Anträge vor Beginn der Arbeiten gestellt sein müssen. Wenn die Voraussetzungen für die Gewährung eines Zuschusses von der entscheidenden Stelle als vorliegend anerkannt werden, erhält der Antragsteller einen Vorbescheid, in dem die vorläufigen Kosten und die Höhe des Zuschusses angegeben sind. Erst mit der Erteilung des Vorbescheides erhält der Antragsteller einen Anspruch auf den Zuschuß. Wird der Kostenvoranschlag überschritten, so wird — abgesehen von ganz besonderen Ausnahmefällen — ein höherer Zuschuß nicht gewährt. Andererseits vermindert sich der Zuschuß entsprechend, wenn die endgültigen Kosten die Höhe des Kostenvoranschlags nicht erreichen. Die Gewährung eines Zuschusses kommt selbstredend überhaupt nicht in Frage, wenn die Kosten absichtlich zu hoch angegeben werden, um einen höheren Zuschuß zu erzielen.

Für die Instandsetzung von Wohngebäuden wird ein Zuschuß nur dann gewährt, wenn die Gesamtkosten für das einzelne Grundstück mindestens 250 RM betragen. Es werden jedoch nur solche Wohngebäude berücksichtigt, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind. Als Wohngebäude gelten hierbei auch solche Gebäude, die neben Wohnungen auch andere Räume enthalten, wenn sie überwiegend Wohnzwecken dienen. Als größere Instandsetzungsarbeiten im Sinne dieser Bestimmung werden u. a. angesehen: Erneuerung der Dachrinnen und Abflusssysteme, Umbau des Daches, Wapp- oder Anstrich des Hauses im Inneren, Neuanstrich des Treppenaufbaues, Erneuerung der Heizanlage, Befestigung von Hauswänden und d. h. d. außerordentlich einen größeren Kostenaufwand erfordernde Instandsetzungsarbeiten. Nichtberücksichtigt werden jedoch sogenannte Schönheitsreparaturen.

Bei der Gewährung von Zuschüssen für die

Teilung der Wohnungen und den Umbau sonstiger Räume in Wohnungen ist ein Unterschied zwischen Alt- und Neumachungen nicht gemacht. Demnach werden hier auch Zuschüsse für die nach dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Wohngebäude gewährt. Erforderlich ist aber, daß durch die Teilung einer Wohnung zwei oder mehr Wohnungen oder durch den Umbau sonstiger Räume eine oder mehrere Wohnungen geschaffen werden. Die Teilungswohnungen müssen für sich abgeschlossen sein. Diefem Erfordernis ist genügt, wenn die Teilungswohnungen eine eigene Küche, die erforderlichen Nebenräume und, wenn möglich auch einen eigenen Zugang haben. Für die Umbauarbeiten dieser Art wird ein Zuschuß von 50 v. H. der Gesamtkosten, jedoch nicht über 600 RM, für jede Teilungswohnung gewährt.

Das Haus- und Grundbesitzern ist hierdurch eine günstige Gelegenheit geboten, notwendige Instandsetzungsarbeiten an ihren Wohngebäuden und auch die Teilung großer Wohnungen sowie die Schaffung von Wohnraum aus anderen Gebäuden zu bedeutend herabgesetzten Kosten auszuführen. Es wird daher dringend empfohlen, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und entsprechende Anträge spätestens am Montag, den 10. Oktober, bei den zuständigen Bürgermeistern anzubringen, wo auch weitere Auskunft über die Erfordernisse des Antrages erteilt werden.

Turner und Ballspieler.

Heute (Sonntag) 11.30 Uhr Versammlung auf der Regeldahn. Wir müssen pünktlich beginnen, weil 1.20 Uhr Abfahrt nach Anholt ansteht.

Feiertagshalber

Montag geschlossen

D. Triebwasser

Ernststraße 8 17246

DINGDEN

Biehendenpolizeiliche Anordnung.

Auf Grund des § 18 ff. des Viehhengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) wird folgendes bestimmt:

1. Die Sperre, welche angeordnet war über die Gehöfte der Landwirte Heint. Liden in Dingden, Dorheuerstraße Nr. 8, und Heint. Schulten in D. 7, den Berg Nr. 16, und das hierzu durch meine Viehhendenpolizeiliche Anordnung vom 17. September 1932 abgegrenzte Gebiet, wird aufgehoben.

2. Die Maul- und Klauenseuche in diesem Bezirk ist erloschen.

Betr.: Ergänzungswahlen zur Industrie- und Handelskammer.

Die Listen für den Wahlbezirk Bocholt der Wählerabteilungen 1 und 3 sowie die Liste für das ganze Kammerbezirk umfassende Bankgewerbe liegen vom 11. bis 17. Oktober 1932 auf unserer Zweigstelle in Bocholt Münsterstraße 11 (Firma L. Schwarz u. Co.) aus. Einspruchsfrist bis 24. Oktober 1932 einschließlich.

Duisburg-Anholt, den 6. Oktober 1932.
Niederheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Anholt.

Ein schweres schwarzes, buntes, hochtragendes

Rind

am 10. 10. austragend, hat zu verkaufen G. Groß-Witting, Dingden (7229)

Technikum

Langs L. Lipp

Rath Mädchen, 28 Jahre alt, in Küche und Haushalt durchaus lehrfähig, sucht Stellung

per 15. Oktober oder später, möglichst in besserem Hause.

Offerten erbeten unter Nr. 1420 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

3 Zimmerwohnung

zum 1. November zu vermieten

näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

1. Älteres zuverläss. Pferd

zu verkaufen

näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Anteilhaber
Landratsamt
von Rügge
und Kestern
Bocholt, Real
Fernsprech - Ca
3054. — R
Heinrichs. —
W. Wöhring. —
Th. Baras. —
burg: Johann
Ringenber
berücks. — D
Willy Sch
Organ
der Zentrum

Nummer

Tag

Beginn des
jesses Preis
gegen das

Verhandlung
zwischen Pre
nach fast drei
geantem Politik
gerollt werden
gerichtshofes, der
der Reichsverf
zwischen einem
hängt in weitem
regierung ab, die
die sie in den verg
greifende Veränder
und der Verwirkli
und Klagenbe Pa
erhält schon aus
prominentesten beu
treter der Prozeß
das Reich sind die
die sozialdemokrat
Preußischen Landta
den. Die beiden Le
Staatsgerichtshof
die Grenzen des Ar
auf Grund des Art
Preußen beantragte
Staatsgerichtshof
der Begründung ab
selbst in der Pa
ist damit zu rechne
zuerst der logische
Streitverfahrens er
also vor allem um
20. Juli und um
gelegten haben, die
Preußen veranlaßte
dann der theoretisch
Möglichkeit des Urteil
werden: „Das Urteil
gelangen wird, es
steht fest. Es wird
der Politik bilden,
Preußen treiben kam
berühren, die mit be
fommissar aufgewor
des Verhältnisses zu
alut geworden sind.
staatsrechtlicher und
Deutschen Reiche mo

Ein Erlaß zu Gunsten der Hitler-Jugend

tember, acht Tage v
Jugend in Potsdam
„Zugehörigkeit
lerinnen zu ein
der Nationalso
Arbeiterpartei
gerichtet. Der Erlaß
„Die geltenden Be
keit von Schülern un
und die Teilnahme
bieten nicht, die
Jugendorganisa
litätigen Deutsch
Teilnahme an den
tationen. Sofern in
Verbote ausgesproch

Der Erlaß, der u
der Geschäfte des Kul
sekretär Lamers
und Schulleitern st
Das Ministerium st
gehen von Schulleit
Teilnahme von Sch
Jugendorganisationen
Schule und die ihr
lerinnen vor politisch
von den Schulaufgab
aus im Einklang mit
höhere und mittlere
Diese durch Minister
vom 15. April ds. J
graphen 19. März 3

„Für die Zugehörig
Bereinen und für be
tragen die Erziehungs
Es ist den Schülern
gungen angedehnte
zunehmen, die sich nach
Betätigung gegen
Staatsform richten, kein
Mitglieder der
oder eines Land
verfassungsmäßigen
Glieder der deut
ihrer Abstinenz, ih
Befestigung in ih
sonst in ihren Bestre
zum Bürger der Deut
titels 148 des Reichs
Nach Sinn und
müßte die Zugehörig